



PAUL DIETRICH

DIE INTERNATIONALE DER TODFEINDE DER SOWJET-UNION



LEON
BLUM



VANDERVELDE



K. KAUTSKY

Interventionskrieg
gegen die
Sowjet-Union
und die
II. Internationale



OTTO BAUER



MACDONALD

P. R. Dietrich

Die Internationale der Todfeinde der UdSSR.



Interventionskrieg
gegen die Sowjetunion
und die
II. Internationale



1931

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG/BERLIN NW 6

Die Internationale
der Toten
der U.S.S.R.

Alle Rechte,
insbesondere die des Nachdruckes
und der Radioverbreitung, vorbehalten.
Copyright 1931 by CARL HOYM NACHFOLGER —
Louis Cakubey, Hamburg-Berlin, NW 6.
Für den Inhalt verantwortlich: F. R. Dietrich, Berlin.
Druck: City-Druckerei A. G., Berlin C 25,
Kleine Alexanderstraße 28.

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
HAMBURG-BERLIN NW 6

Gibt es eine Interventionsgefahr?

„Wir sind bereit, den Krieg zu beginnen. Wir warten auf eine günstige internationale Situation und auf finanzielle Hilfe, die die Mächte uns geben werden, denen der Sturz der Bolschewiki erwünscht ist.“

Unsere Armee ist eine gut ausgebildete Armee. Wir sind bereit. Sobald sich in Rußland Erschütterungen zeigen, werden wir an den Grenzen erscheinen. Unsere Reihen sind in bezug auf Soldaten und Kader komplett.

Wir haben in Paris eine militärwissenschaftliche Hochschule. Wir haben zur Stunde mehr als 10 000 Mann in die Grundlagen der Kriegskunst eingeführt.

Sobald Europa sich mit vereinten Kräften in den Kampf gegen den Kommunismus stürzt, werden wir an der Seite der anderen Armeen kämpfen.“

General Miller, der Führer der weißgardistischen Militärorganisation in Paris, in der englischen Zeitschrift „Sunday Referee“ vom 4. Januar 1931.

Bauern, entfaltet die Sowjetunion eine noch nicht dagewesene Masseninitiative und einen beispiellosen Arbeitsenthusiasmus für die siegreiche Durchführung des Fünfjahrplanes in maximal kürzester Zeit. Und mit jedem Tage bricht sich unter den Millionen Oekrocheter und Ausgebeuteter in den kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern die Erkenntnis mehr Bahn, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion der stärkste Verbündete des Weltproletariats in seinem Kampfe gegen den Weltkapitalismus ist.

Heute, nach vierzehn Jahren siegreicher proletarischer Diktatur, steht die Sowjetunion im Zeichen der Vollendung des sozialistischen Fundaments und Vollendung des Fünfjahrplanes in vier Jahren ist zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes geworden. Diesem weltgeschichtlichen Ereignis sieht gegenüber die Tatsache der fortschreitenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die alles übertrifft, was seit dem Bestehen des Kapitalismus erlebt wurde. Diese entgegengesetzte Entwicklung: Der anaufhaltsame Niedergang der kapitalistischen Welt einerseits, — der stürmische sozialistische Aufstieg in der Sowjetunion andererseits — stellt vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt mit aller Schärfe die Frage: Wer bleibt Sieger?

Soll der Sozialismus, der bereits auf einem Sechstel der Welt seine sieghafte Herrschaft angetreten hat, über den Weltkapitalismus triumphieren und den Arbeiterklasse Frieden, Freiheit und Brot bringen — oder soll es den Kapitalisten und ihren Werkzeugen gelingen, das Land des Sozialismus durch eine blutige

Die siegreiche große Oktoberrevolution des Jahres 1917 schuf das Fundament des ersten proletarischen Staates. In der Sowjetunion, die das siegreiche Banner von Hammer und Sichel über ein Sechstel des Erdballs entfaltete, stellte sich der Welt des untergehenden Kapitalismus die Welt des siegreichen sozialistischen Aufbaus gegenüber. Eine neue Etappe der Geschichte der Menschheit wurde eingeleitet.

Heute, nach vierzehn Jahren gewaltiger heroischer Kämpfe, in deren Verlauf die Arbeiterklasse der Sowjetunion unter der Führung der Partei Lenins nicht nur alle Anschläge der einheimischen Bourgeoisie, die den Bürgerkrieg entfesselte, und die bewaffneten Interventionsversuche der imperialistischen Mächte zurückgeschlagen, sondern in einem unerbittlichen Tempo den sozialistischen Aufbau in Angriff genommen hat, steht das Land der proletarischen Diktatur, die Sowjetunion, als ein unerschütterliches Bollwerk den Anstürmen der kapitalistischen Welt gegenüber. Fest verankert im Vertrauen der Millionenmassen sowjetrussischer Arbeiter und

eine noch nicht dagewesene Masseninitiative und einen beispiellosen Arbeitsenthusiasmus für die siegreiche Durchführung des Fünfjahrplanes in maximal kürzester Zeit. Und mit jedem Tage bricht sich unter den Millionen Oekrocheter und Ausgebeuteter in den kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern die Erkenntnis mehr Bahn, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion der stärkste Verbündete des Weltproletariats in seinem Kampfe gegen den Weltkapitalismus ist.

Heute, nach vierzehn Jahren siegreicher proletarischer Diktatur, steht die Sowjetunion im Zeichen der Vollendung des sozialistischen Fundaments und Vollendung des Fünfjahrplanes in vier Jahren ist zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes geworden. Diesem weltgeschichtlichen Ereignis sieht gegenüber die Tatsache der fortschreitenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die alles übertrifft, was seit dem Bestehen des Kapitalismus erlebt wurde. Diese entgegengesetzte Entwicklung: Der anaufhaltsame Niedergang der kapitalistischen Welt einerseits, — der stürmische sozialistische Aufstieg in der Sowjetunion andererseits — stellt vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt mit aller Schärfe die Frage: Wer bleibt Sieger?

Soll der Sozialismus, der bereits auf einem Sechstel der Welt seine sieghafte Herrschaft angetreten hat, über den Weltkapitalismus triumphieren und den Arbeiterklasse Frieden, Freiheit und Brot bringen — oder soll es den Kapitalisten und ihren Werkzeugen gelingen, das Land des Sozialismus durch eine blutige

Intervention zu zerstören, die sowjetrussischen Arbeiter- und Bauernmassen wieder der Habgier der imperialistischen Mächte auszuliefern und den Kampfwillen der Arbeitermassen der ganzen Welt in einem neuen großen Blutbade zu ersticken?

Der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion würde — darüber wird sich das Weltproletariat mit jedem Tage klarer — nicht der Abschluß, sondern der Beginn der gesteigerten Generallöfensive des Kapitals gegen das Weltproletariat sein. Ein Sieg der imperialistischen Raubstaaten über die Sowjetunion wäre die größte und folgenschwerste Niederlage, die dem Weltproletariat jemals beibracht werden könnte.

Die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist eine reale Tatsache, die sich in ihrer ganzen ungeheuren Größe vor dem Proletariat erhebt. Ihre Ursachen liegen zu offenkundig zutage, als daß sie selbst durch die zerissenste Rabulistik und Demagogie noch veruscht und verwischt werden könnten.

Die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist deshalb so unmittelbar, weil die Krise, die die kapitalistische Wirtschaft erfährt hat, ein solches Ausmaß angenommen hat, daß der Zusammenbruch unvermeidbar erscheint. Alle bisherigen kapitalistischen Rezepte, wie auch die Quackersalbereien der reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialfaschistischen Ministersozialisten zur „Rettung der Wirtschaft“ haben den Niedergang nicht aufhalten können. Mehr als 35 Millionen Arbeitslose, unaufhörlicher Produktionsrückgang, Einschränkung der Absatzmärkte, Zusammenschumpfung der inneren Kaufkraft, Massenverelendung breiterer Volksschichten — alle diese greifbaren Erscheinungen der Wirtschaftskrise zwingen die internationale Bourgeoisie in immer stärkerem Maße, den Weg zu suchen, der nach ihrer Meinung der Ausweg aus der Krise ist. Das aber ist der Weg des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem Ziel, den sowjetrussischen Markt, der nach dem Siege der Oktoberrevolution der kapitalistischen Ausbeutung verschlossen worden, wieder zurückzueröffnen und mit gleichem Schlag den Herd der heranreifenden Weltrevolution zu zertrümmern.

Die Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion ist deshalb so unmittelbar und so groß, weil durch den unaufhaltsamen Siegeszug des Sozialismus die Frage des Wettbewerbs der zwei Weltsysteme auf eine neue Weise gestellt wird. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß dieser Weltkampf mit dem Siege der proletarischen Diktatur, mit dem Siege des Sozialismus über den Weltkapitalismus enden wird.

Die internationale Bourgeoisie, die mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung in der Sowjetunion verfolgt, hat erkannt, daß der Sieg des Fünfjahresplanes die Voraussetzungen für einen derartigen Aufschwung des Landes der proletarischen Diktatur schafft, daß er die Sowjetunion völlig unabhängig von der kapitalistischen Welt macht. Die Kapitalisten und mit ihnen ihre zeitgenössischen Weisesten sehen daher mit großer Sorge, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion eine unerschöpfliche Kraftquelle für den Kampf des Weltproletariats geworden ist.

Eine weitere Ursache für die drohende Gefahr des Interventionskrieges ist die innere Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, die als unmittelbare Folge der Weltwirtschaftskrise, Unter den Schlägen der Krise verschärfen sich die Klassenkämpfe, entfaltet sich der revolutionäre Aufschwung des Proletariats. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital entzweit auf immer breiteren Fronten und in immer heftigeren Formen. Gewaltige Wirtschaftskämpfe, revolutionärer Massenkampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, revolutionäre Kämpfe der Avantgarde des Proletariats gegen die bewaffneten Gerüste der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die durch die Folgen der

Agrarkrise völlig ausgeplünderter werktätigen Bauernmassen, breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz reihen sich um die Kampffront des klassenbewußten Proletariats ein, scharen sich um die Banner der kommunistischen Parteien.

Diese Entwicklung, die in einer Reihe von Ländern bereits das Herantreten aller Elemente einer revolutionären Krise aufzeigt, ist neben der siegreichen Existenz der Sowjetunion die stärkste Triebkraft für die Interventionspläne des Weltimperialismus.

Jahrelang hat die internationale Bourgeoisie sich der Hoffnung hingeeben, daß das Sowjetregime zusammenbrechen oder wenigstens zu einer Kapitulation gezwungen werden könne. Dieser Traum ist ausgeräumt. Heute hat die internationale Bourgeoisie erkannt, daß sie bereits Gefahr läuft, zu spät zu kommen. Die Gefährdung ihrer Existenz zwingt sie heute, die Frage des Krieges gegen die Sowjetunion in aller Öffentlichkeit auf die Tagesordnung zu stellen.

Alle Tatsachen sprechen dafür, daß der Weltimperialismus auf der ganzen Linie zum entscheidenden Schlage gegen die Sowjetunion ausholt.

Der Interventionskrieg wird vorbereitet

Die Vorbereitung zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion erfolgt gleichzeitig an allen Frontabschnitten. Mit der „moralischen“ Vorbereitung gehen parallel die Vorbereitungen an der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Front. Die internationale Bourgeoisie hat alle ihre Hilfskräfte mobilisiert.

Die schwarze Einheitsfront.

Vom Oberhaupt der katholischen Kirche bis zu den paneuropäischen Schwätzern von den religiösen Sekten bis zu den faschistischen Mordorganisationen, von den Bank- und Industriefürsten bis zu den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten und „Arbeiterministern“, von der offenen Kontrevolution bis zu den Sozialdemokraten rechter und „linker“ Färbung — sie alle haben sich in der Front gegen die Sowjetunion zusammengelunden.

Mit neuer Knastfertigkeit und der größten Schamlosigkeit wird die Religion, die Schule, die Wissenschaft, die Literatur, das Theater, die Presse in den Dienst der Kampagne gegen das „Schreckenspest des Bolschewismus“ gestellt. Täglich wird in Millionen und Abermillionen von Exemplaren der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse die schamlose Hetze gegen die Sowjetunion betrieben, Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion, gegen ihren sozialistischen Aufbau werden fabriziert, wie man Gummiartikel und Seife fabriziert. Mit der Kampagne der katholischen Kirche gegen den Kulturbolschewismus nahm der „moralische“ Kreuzzug gegen die Sowjetunion seinen Anfang. Ihm folgte die Kampagne gegen das angebliche sowjetrussische „Dumping“, zu deren Belegung später das Märchen von der Zwangsarbeit in der Sowjetunion erunden wurde. Zwischendurch folgte in gewissen Absänden ein neuer Schurkenstreich durch Wechsel- und Fischerwenzelscher. Alle diese Kampagnen erinnern in ihrem Charakter und an der Intensität, mit der sie betrieben werden, ganz und gar an die Interventionsjahre 1918/19.

Dasselbe gilt für die politischen Vorbereitungen der Intervention, die ihren sichtbaren Ausdruck in dem Abschluß zahlreicher militärischer und politischer Abkommen der imperialistischen Mächte und ihrer Vasallenstaaten, sowie in der Einberufung der verschiedensten internationalen Konferenzen finden.

„Friedenskonferenzen.“

Mehr als hundert Konferenzen, Sitzungen, Kommissionen, alle einberufen um „dem Frieden die Wege zu ebnen“, die in Wirklichkeit aber als ihre vornehmste Aufgabe hatten, eine internationale Kampffront gegen die Sowjetunion zu organisieren, haben in den letzten zehn Jahren stattgefunden. Man sprach dort über Zölle, über Abrüstung, über Rüstungseinschränkung, man sprach über die Rechte der nationalen Minderheiten, man redete mit begeisterten Worten vom Frieden, und in Wirklichkeit stand im Mittelpunkt aller Sorgen und Entschlüsse die vom französischen Imperialismus als Organisator des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion geforderte Zusammenfassung aller antisowjetistischen Kräfte.

Die französische Regierung schloß Militärverträge mit Polen im Jahre 1920 und veranlaßte den polnisch-rumänischen Vertrag vom Jahre 1921. England machte die größten Anstrengungen zur Organisation eines baltischen Blockes und veranlaßte den estisch-lettischen Militärvertrag. In Ergänzung des Garantievertrages wurde im Jahre 1926 eine polnisch-rumänische Militärkonvention abgeschlossen, die vorsieht: 1. Für den Fall eines Krieges eines der vertragschließenden Staaten mit Sowjetrußland verpflichtet sich der andere Teil, demselben unverzüglich mit seinen ganzen Streitkräften zu Hilfe zu kommen. 2. Wenn der Krieg nur gegen Rußland geführt werden wird, müssen nicht weniger als neun Zehntel aller Streitkräfte der beiden Staaten gegen die russischen Armeen geworfen werden.

den Militärstäben dieser Länder besteht. In den Jahren 1930 und 1931 fanden in Paris und in Paris Beratungen der militärischen Vertreter Frankreichs und all seiner Vasallenstaaten statt, die sich mit der Ausarbeitung der strategischen Pläne des kommenden Interventionskrieges gegen die Sowjetunion beschäftigten.

Der Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion.

Die finanzielle und wirtschaftliche Vorbereitung findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Tatsache, daß eine Reihe von Ländern, wiederum unter Führung Frankreichs, der Sowjetunion bereits offenen Wirtschaftskrieg erklärt haben, indem sie durch außerordentliche Gesetze gegen die sowjetische Einfuhr vorgehen. Die führenden kapitalistischen Gruppen der wichtigsten imperialistischen Länder, in erster Linie Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika, haben offen und unzweideutig die Lösung des Abbruchs der Beziehungen mit der Sowjetunion proklamiert. Auf den verschiedenen Wirtschaftskonferenzen, insbesondere auf den im letzten Jahre stattgefundenen Agrarkonferenzen, wurde die Frage der Organisation eines Mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes „gegen die sowjetische Dampfwalze“ Wien gestellt. Auf

einer dieser Konferenzen in Wien, an der neben den Balkanstaaten auch Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen, Österreich und Ungarn teilnahmen, erklärte der Präsident der ungarischen Landwirtschaftskammer, Graf Hoyos, der eine der stärksten Stützen des Bethlen-Regime im faschistischen Ungarn ist, unter dem Beifall der ganzen Konferenz folgendes:

„Die Frage der gemeinsamen Abwehr der Sowjetunion muß energisch angefaßt und gelöst werden, sonst bauen wir Luftschlösser, die die Sowjetunion einfach umblasen wird.“

Auch die Agrarkonferenz in Rom setzte die Politik der Organisation der Blockade gegen die Sowjetunion fort. Die Legende vom „Sowjet-Dumping“ des Getreides mußte erhalten, um die Bauernschaft Europas davon zu überzeugen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion der einzige Ausweg ist, sich von den Schrecken des Hungers, des Zugrundegehens und des Aussterbens zu retten.

Der französische Imperialismus als Elpeltischer.

Im September 1927 erklärte Marschall Foch: „Frankreich ist hinter all diesen Konferenzen und antisowjetistischen Beschlüssen steht der französische Imperialismus, der heute der unbestrittenen Lehnherr der meisten Randstaaten der Sowjetunion und der Elpeltischer der antisowjetistischen Front ist. Daß die Vertreter des französischen Imperialismus nicht nur die Direktiven für die Beschüsse dieser Konferenzen, sondern auch für die Interventionsheute geben, bestätigen die Ausführungen des Herrn Henry Rolin zum Fünfjahresplan. Seine Meinung als Spezialist für russische Fragen gilt in den Kreisen der französischen Politiker und Finanzleute als autoritativ. Rolin erklärt:

„Als Folge des Umfangs und der Schnelligkeit, mit der der Fünfjahresplan durchgeführt wird, ergibt sich eine neue Agrarrevolution, die, wenn sie andauert, zweifellos auch tiefe Beunruhigung in die wirtschaftliche und soziale Organisation der übrigen Agrarländer tragen wird. Die Verwirklichung des Fünfjahresplanes ist in der Tat an den Erfolg der Industrialisierung und der Etablierung der russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gebunden, und der Erfolg des Fünfjahresplanes müßte unvermeidlich den Ruin der kleinen ausländischen Erzeuger mit sich führen, die nicht in der Lage sind, gegen eine so riesige Konkurrenz anzukämpfen. Zweifellos müßte ein solcher Konflikt in einen Krieg münden, wenn nicht das Scheitern des russischen Versuches in kürzerer oder längerer Frist zweifellos wäre.“

Heute ist sich die internationale Bourgeoisie darüber einig, daß die Hoffnungen auf das Scheitern des Fünfjahresplanes ein großer Selbstbetrug waren. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich zwangsläufig die Schiffbrüderung, die bereits Rolin gezogen hat: Daß der durch die Verwirklichung des Fünfjahresplanes erzeugte Konflikt in einen Krieg des Weltkapitalismus gegen die Sowjetunion ausmünden muß.

Die Ursachen, die den französischen Imperialismus dazu treiben, die Rolle des Organisators des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion zu übernehmen sind aber nicht nur ökonomischer Natur. Einer der hauptsächlichsten Gründe, warum der französische Imperialismus so fieberhaft an den Interventionsvorbereitungen rüstet, liegt in der Krise des Ver-

sailler Friedensvertrags-Systems. Es ist eine unfehlbare Tatsache, daß das System der Verträge von 1919, auf die sich die Vormachtstellung Frankreichs in Europa hauptsächlich stützt, unwiderrüchlich erschüttert ist, und daß es zu Widerständen führt, für die es keine andere Lösung als Krieg und Revolution gibt. An Stelle der industriellen Hegemonie, die durch das Scheitern der Ruhrbesetzung von 1923 und 1924 verhindert wurde, besaß der französische Imperialismus in den letzten Jahren die politische und militärische Hegemonie in Europa. Diese Machtstellung gerät immer mehr ins Wanken. Der französische Imperialismus fühlt sich durch Deutschland und Italien bedroht. Er weiß, daß die Zerstörung seiner Hegemonie das ganze System der Friedensverträge, deren Hauptstützpunkt er ist, zerbrechen wird. Dieser Entwicklung sucht der französische Imperialismus vorzubeugen durch die Organisierung einer gemeinsamen antosowjetischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion unter seiner Führung.

Der deutsche Imperialismus in der Antisowjetfront.

Im Schlepptau des französischen Imperialismus befindet sich auch der deutsche Imperialismus. Die verstärkte Kampagne der kapitalistischen und faschistischen Presse, ihre Sekundierung durch die sozialdemokratischen Zeitungen in Verbindung mit den wütenden Angriffen auf die Kommunistische Partei sind der Ausdruck der Bereitschaft des deutschen Imperialismus, sich der Führung Frankreichs im Kampfe gegen die Sowjetunion unterzuordnen. Die Antisowjetkampagne in Deutschland ist der Ausdruck des gesteigerten Hasses gegen die Sowjetunion und gleichzeitig der wachsenden Furcht der deutschen Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Agenten gegenüber dem Wachstum des Einflusses der Kommunistischen Partei und dem gesteigerten Kampfwillen der Arbeitern gegen die Kapitaloffensive, gegen den faschistischen Mordterror und den sozialfaschistischen Arbeiterverrat.

„In der internationalen Atmosphäre schwirren Worte wie Kulturgeißelung, Kommunismus, Hintergrund russischer Wirtschaftserfolge, Soldatentätigkeit des Kapitals.“ (Berliner Tagblatt vom 8. Juni 1931.)

Die Zunahme und Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland, der gewaltige revolutionäre Aufschwung in den letzten Monaten bedingt die beschleunigte Einreihung der deutschen Bourgeoisie in die Antisowjetfront. Die Führer der nationalsozialistischen Bewegung, die sich bereits offen als die Agenten des deutschen Finanzkapitals und der Schwerindustrie entlarvt haben, stellen die Frage des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem größten Zynismus in aller Öffentlichkeit. Hitler ruft in all seinen Kundgebungen zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus auf. Er fordert den Krieg gegen die Sowjetunion, um dem „deutschen Lebenswillen den erforderlichen Spielraum im Osten zu geben“. Das Geschrei gegen die „verderblichen Mächte des Youngplans“ verstummt immer mehr. An seine Stelle tritt die schamlose und niederträchtigste Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die gewaltigen Erfolge an der sozialistischen Aufbaufront.

Unter dem Drucke dieser Kampagne beginnt die deutsche Bourgeoisie bereits den Charakter ihrer Beziehungen zu dem Lande, das der Vorposten des Imperialismus im Kampfe gegen die Sowjetunion ist, zum faschistischen Polen, zu ändern. Der deutsch-polnische Liquidationsvertrag ist nichts anderes, als die Liquidierung der Nachkriegspolitik der deutschen Bourgeoisie in Osteuropa, nichts anderes, als die Bereitschaft des deutschen Kapitals, in dem polnischen Kapital zu verständigen zugunsten eines gemeinschaftlichen deutsch-polnischen Kampfes für die gemeinsamen Klasseninteressen der Bourgeoisie dieser Länder. Diese gemeinsamen Klasseninteressen aber richten sich in der Hauptsache gegen die Sowjetunion.

Offen und unzwedeltig spricht die schwerindustrielle „Bergerzeitung“ über die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik. Dieses Blatt,

hinter dem die deutsche Schwerindustrie steht, gibt der Regierung Brüning den Rat, sie soll die noch bestehenden deutsch-russischen Beziehungen auf dem Altar einer vorbehaltlosen Westorientierung opfern:

„Unsere Russenpolitik hat uns neben der Westpolitik von England ferngehalten. Aber wir haben inzwischen erfahren, daß Russenkarten selten stechen, und England muß wissen, daß die polnischen Tanks den Bolschewismus auch nicht von Mitteleuropa fernhalten können.“

Das sind Töne, die auch der deutsche Reichskanzler in seinen Erklärungen vor der Londoner Presse nach den „vertraulichen“ Besprechungen mit Macdonald und Henderson angeschlagen hat. Die deutsche Bourgeoisie ist bereit, die Hilfe des imperialistischen Finanzkapitals durch endgültige Einreihung in den Block der Antisowjetpolitik zu erkaufen. Das deutsche Reich, bisher Tributstaat der imperialistischen Großmächte, ist auf dem Wege, ihr Vasallenstaat zu werden!

Der Imperialismus des Herrn Macdonald.

So wie der britische Imperialismus aktiv an der ersten Intervention gegen die Sowjetunion, insbesondere im kaukasischen Oelgebiet, beteiligt war und die weißgardistischen Küberbanden mit Waffen, Munition und Geld unterstützte, so nimmt er auch heute in der Reihe der sowjiefindlichen Mächte eine hervorragende Stellung ein. Er hat zwar in den letzten Jahren dem französischen Imperialismus die Initiative und Führung überlassen, um so intensiver aber betreibt er seine Vorbereitungen zum Interventionskrieg an den Ost- und Nordgrenzen der Sowjetunion. In den Ländern des Nahen und Fernen Ostens, im Irak, in Mesopotamien, in Persien und Indien, in Afghanistan und Palästina, überall spürt man die Aggressivität des britischen Imperialismus. Von dort hoffen die britischen Imperialisten im entscheidenden Augenblicke die Front aufrollen zu können, um sich Transkaukasien, der Oelquellen von Baku und Aserbeidschans zu bemächtigen.

Indien und Afghanistan sind bereits in Aufmarschgebieten gegen die Sowjetunion verwandelt. In Indien wurden in den letzten Jahren für fast ausschließlich strategische Zwecke 7000 Meilen neue Eisenbahnlinien gebaut. Die Modernisierung der indischen Armee geht in beschleunigtem Tempo vor sich. In Persien haben die Engländer eine Reihe von Stützpunkten sowohl für die Flotte wie für die Luftschwader ausgebaut. Schon jetzt verfügt England über 25 Luftgeschwader, die in Indien, im Irak, in Ägypten und Palästina stationiert sind. Die Technik der modernen Aviatik ermöglicht es den englischen Imperialisten von der Flazgeabschub an der Küste des persischen Golfs Baku zu erreichen und von dort ohne Zwischenlandung zurückzukehren.

Die herrschende Klasse in Indien und Persien bereitet vollkommen planmäßig und bewußt das Land auf den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Massenverhaftungen, Strafexpeditionen und Hinrichtungen revolutionärer Arbeiter sind an der Tagesordnung. Gleichzeitig wird in der vom englischen Imperialismus finanzierten und angehaltenen Presse eine systematische Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion betrieben.

Die „Friedensrede“ des Herrn Henderson, das sozialdemokratischen Außenministers der Regierung Serrin Malesit des englischen Kabinet, auf der letzten Genfer Konferenz, seine „friedensfreundlichen“ Beteuerungen dem Vertreter der Sowjetunion, dem Genossen Litwinow, gegenüber wurden am selben Tage Lügen gestraft. In Beantwortung einer Anfrage seines konservativen Vorgängers bezüglich der Stellungnahme der Regierung zur Sowjetunion ließ Macdonald eine schamlose Hetzrede gegen die Sowjetunion vom Stapel. Er erklärte:

„Wenn die Lapo-Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in diesem Augenblick nicht beabsichtigt, so ist der Grund dafür der gleiche wie der, der die letzte konservative Regierung bewog, den Abbruch nicht früher vorzunehmen.“

Der amerikanische Imperialismus als

„Geschichtsmacher.“

Eine besonders aktive Rolle in der Vorbereitung des Interventionskrieges spielt der amerikanische Imperialismus. Die große Presse der Vereinigten Staaten gab das Stichwort für die Hetze gegen das „Sowjet-Dumping“ und gegen die angebliche „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten sind es, die den Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion in der schärfsten und rücksichtslosesten Form geführt haben. Die Vereinigten Staaten haben nicht nur die Interventionspläne gegen die Sowjetunion sanktioniert, sondern trafen bereits alle Vorbereitungen zur Aushöhlung von Getreide und Kriegsmaterial, um durch die Versorgung der europäischen Interventionsarmeen ein gutes Geschäft zu machen.

Unter Führung dieser Hauptmächte des Weltimperialismus hat sich eine geschlossene Front aller kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Länder gegen die Sowjetunion gebildet. Wie für die englische „Arbeiter-Regierung“ ist es auch für den Weltimperialismus nur eine Frage der Zeit, wann sie zum entscheidenden Schlage gegen die Sowjetunion ausheult und ihre bis an die Zähne bewaffneten Söldnerarmeen in Marsch setzen.

Die Kriegsindustrie blüht

Während in allen Industriezweigen infolge der ungeheuren Wirtschaftskrise die Produktion unaufrührig zurückgeht, können wir in der Kriegsindustrie der imperialistischen Mächte und deren Vasallenstaaten einen gewissen Aufschwung feststellen. Die Wirtschaftskrise hat also ausgereicht die Entfaltung der Kriegsindustrie nicht zum Stillen gebracht. Im Gegenteil. Ungeachtet der Verschärfung der Wirtschaftskrise mit all ihren unerträglichen Lasten für die werktätigen Massen, ungeachtet der täglich zunehmenden Finanzschwierigkeiten vergrößern die Regierungen der kapitalistischen Länder systematisch ihre Ausgaben für Rüstungen.

Daß die Verstärkung der Kriegsindustrie und die allgemeine Aufrüstung in allen kapitalistischen Ländern, die teilweise in offener, teilweise in getarnter Form erfolgt, in erster Reihe der Vorbereitung des Interventionskrieges dient, beweisen folgende Tatsachen.

Der französische Imperialismus verstärkt mit allen Mitteln die Kampfkraft seiner Verbündeten an der Westfront der Sowjetunion. In Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei. Im Hinblick darauf, daß die Transportwege, die die Industriebasis des kommenden Interventionskrieges in Frankreich und England mit Polen und Rumänien als wichtigste Ausfallstore verbinden, nicht genügend gesichert erscheinen, werden alle Maßnahmen ergriffen, um die eigene kriegsindustrielle Basis in Polen, in Rumänien und in der Tschechoslowakei in maximaler Weise zu verstärken.

Das Hauptarsenal der Interventionsarmee.

Die Tschechoslowakei ist zum Hauptarsenal Ost- und Südeuropas geworden. Sie ist zugleich die Etappe der polnisch-rumänisch-baltischen Armeen, da sie mit diesen Ländern weit bessere Transportverbindungen als Frankreich und England hat. Daraus erklärt es sich, daß das französische Kapital die bereits vor dem Kriege hochindustrialisierte Basis der Tschecho-

Riesengewinne der Skodawerke.

„Der Skodawak, die Betriebszeitung der Skodawerke, veröffentlicht folgende Meldung: Vor kurzem fand eine Konferenz des Finanzkonsortiums des Konzerns Schneider-Creusot-Skoda statt. Das Ergebnis des Bilanzabschlusses für das Jahr 1930 lautet: Bruttogewinn 287 Millionen Kr., d. h. 37 Millionen mehr als im Vorjahre. Nettogewinn 68.876.000 Kronen, eine Million mehr als im Vorjahre. Abgeschrieben wurden 127 Millionen, das sind 43 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Dividenden pro Aktie beträgt wiederum 90 Kronen.“

slowak zur ungeheuren Ausdehnung und Entwicklung der Kriegsindustrie und insbesondere der Skodafabriken ausnutzte.

Dank der Anstrengungen des französisch-tschechischen Kapitals zählt man augenblicklich in der Tschechoslowakei 6 Geschütz- und Maschinen-gewerksfabriken, 5 Artillerie-Ausrüstungsfabriken, 15 Patronen- und Geschößfabriken, 4 Flugzeugmotorenfabriken, 8 Schießpulver- und Sprengstofffabriken, 10 Fabriken für Giftgasabwehrmittel- und Giftstoffzerlegung. In diesen Fabriken sind gegenwärtig über 70.000 Arbeiter beschäftigt, und im Kriegsfalle soll diese Arbeiterzahl auf 300.000 steigen.

Die polnische Rüstungsindustrie.

Den zweiten Platz im Aufbau der Kriegsindustrie in der Reihe der Randstaaten nimmt Polen ein. In Polen geht der Aufbau der Kriegsindustrie in verschiedenen Richtungen vor sich. Einmal im Bau von staatlichen Fabriken rein militärischen Charakters, zum andern in der Entwicklung einer Privatindustrie, die sehr schnell auf Kriegsindustrie umgestellt werden kann. Parallel damit läuft die Schaffung von halbstaatlichen Fabriken, allgemein industriellen Charakters, die aber im Kriegsfalle für Militärzwecke ausgenutzt werden können.

Augenblicklich sind in der Kriegsindustrie Polens etwa 40.000 Arbeiter beschäftigt, die in 6 Munitionsfabriken, 3 Schießpulver- und Sprengstofffabriken, 2 Maschinen- und Tankfabriken arbeiten.

Die gesamte polnische Industrie kann im Kriegsfalle mehr als zur Hälfte auf Herstellung von Kriegsbedarfartikeln umgestellt werden.

Von den übrigen westlichen Randstaaten besitzt nach der Tschechoslowakei und Polen Rumänien die stärksten Kriegsbüchsenmittel. Gestützt auf das französische, englische und tschechische Kapital hat Rumänien in den letzten Jahren das Fundament einer eigenen Kriegsindustrie gelegt und eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen ergriffen, um im Kriegsfalle die übrige Industrie auszunutzen zu können.

Die hier angeführte kurze Charakteristik der kriegsindustriellen Basis der Tschechoslowakei, Polens und Rumäniens erschöpft bei weitem nicht alle industriellen Hilfsmittel, die diesen Ländern im Kriegsfalle zur Verfügung stehen. Sie können außerdem noch auf die Unterstützung der gesamten mächtigen Kriegsindustrie Frankreichs, Englands und der übrigen kapitalistischen Staaten rechnen. In Übereinstimmung hiermit geht neben dem Ausbau der eigenen kriegsindustriellen Basis in diesen Ländern im existenziellen Maße der Bau strategischer Eisenbahnen und Kriegshäfen vor sich, die für den Heerestransport und Kriegsfrachten bestimmt sind.

Neue Eisenbahnen und Kriegshäfen.

Von den Baubjekten dieser Art erwähnen wir den polnischen Kriegshafen Gdingen bei Danzig in der Ostsee, den rumänischen Hafen Konstanza im Schwarzen Meer, den griechischen Hafen Saloniki mit einem besonderen jugoslawischen Freihafen. Hierher gehören die polnische Eisenbahn Gdingen-Oberslesien und der Eisenbahnbau in Rumänien und Bulgarien, der den Zweck hat, eine direkte Eisenbahnverbindung von Saloniki

über die bei Nusschik über die Donau zu bauende Brücke nach den Ostzentren Polens zu schaffen. Alle diese Eisenbahnbauten haben nach den Plänen des französischen Generalstabes den Zweck, unabhängig von Deutschland und Oesterreich die Eisenbahn- und Seeverbindungen aus Frankreich und England nach Polen und Rumänien zu sichern.

Von der Interventionsvorbereitung zeugen ferner die unaufhörlichen französischen Waffentransporte nach den kleinen Staaten an der Westgrenze der Sowjetunion. Diese haben aus Frankreich für mehr als 40 Millionen Dollar Gewehre, für 50 Millionen Dollar Granaten, für 13 Millionen Dollar Maschinengewehre, für 38 Millionen Dollar Geschütze, für 20 Millionen Dollar technisches Material eingeführt.

Milliarden für militärische Aufrüstungen.

Das Wachstum der offiziellen Militäretats in den wichtigsten Ländern: Frankreich, England, Vereinigten Staaten, Italien und Japan zeigt sich in folgenden Zahlen: 1914 wurden in diesen fünf Ländern insgesamt 1.182 Millionen Dollar Militäretat geführt, im Jahre 1930 dagegen 2.324 Millionen Dollar. Das bedeutet eine Verdoppelung der Ausgaben. In den Randstaaten: Finnland, Estland, Polen, Lettland, Rumänien wuchsen die Ausgaben von 121,8 Millionen Dollar im Jahre 1923 auf 177,7 Millionen im Jahre 1930. Dieses Wachstum kommt auch im Jahre 1931 nicht zum Stillstand.

Wie die Hunde bellten.

Wenn es noch eines weiteren Beweises für den Ernst der Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion bedarf, dann sei noch an die fortgesetzten, unerhörten frechen Provokationen Finnlands, Lettlands und auch Polens erinnert.

Dokumente der Friedenspolitik der Sowjetunion:

„Die Erfolge der Industrialisierung und des Wachstums der Wehrfähigkeit gestalten die Sowjetunion zu einem wichtigen Faktor der internationalen Politik. Mit jedem Tage wächst die internationale Bedeutung der Sowjetunion als Land der betrieblen Arbeit, als Bollwerk der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Feinde wollen um jeden Preis den Fünfjahresplan vereiteln, aber die Hauptopfer der Sowjetunion war und bleibt die Lösung der Festigung des Friedens.“

„Den Werkstätten der Sowjetunion und den Arbeitern aller Länder verkünden wir offen die wachsende Gefahr, die die Sache des Friedens bedroht. Zu gleicher Zeit geben wir der unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, daß der bewaffnete Überfall auf die Sowjetunion jetzt die Hauptgefahr für jene bedeutet, die es wagen werden, den Frieden zu stören und die Sowjetunion zu überfallen.“ (Molotow auf dem VI. Allrussischen Sowjetkongreß.)

Die Provokation des Bruches zwischen der Sowjetunion und Finnland erlangt offenen und zynischen Charakter. Das finnische Parlament und die finnische Regierung helfen ungeniert den Organisatoren der Sowjetkampagne. Die Bewilligung spezieller Summen an das sogenannte „Ingermanländische Komitee“ seitens der finnischen Regierung ist eine direkte Subventionierung der „Ingermanländischen“ Kampagne.

In Finnland spricht man mit der größten Offenherzigkeit von der Notwendigkeit der Annexion Kareliens, ja Leningrads, Wietkes und der Mari-Gebiete. Estland fordert die Annexion von Ingermanland und Nowgorod. In den Militärstuben in Warschau beäussert man sich bereits an dem Gedanken der siegreichen Annexion oder Föderation mit der „betrieblen“ Ukraine.

Wir schließen diese Zusammenfassung der wichtigsten vorbereitenden Maßnahmen der Internationalen Bourgeoisie für den Interventionskrieg ab mit einigen Ansprüchen führender Männer der Weltbourgeoisie, insbesondere des Finanzkapitals.

Eisige Kompetente Zeugen.

Zurzeit der Genfer Konferenz im Januar 1931 erklärte Briand, der „Mann des Friedens“, vor Pressevertretern:

„Denk! an die Unruhen, welche der sowjetrussische Fünfjahresplan hervorgerufen kann in solchen Ländern wie Polen und Rumänien, die unverkaufte Getreidevorräte haben und deren Bauern von den Wuchernern ausgezogen werden. Der Bolschewismus kann alle diese Länder schnell erobern. Es genügt eine große soziale Bewegung, damit der Bolschewismus, dessen Brutstätte so nahe liegt, diese polnischen und rumänischen Territorien überflutet. Daher muß den kleinen Agrarvölkern des Westens geholfen werden, damit sie dem Bolschewismus Widerstand leisten können.“

Mit diesen Sätzen gesteht Herr Briand offen den Zweck der militärischen Aufrüstungen in den Vasallenstaaten des französischen Imperialismus ein. Noch deutlicher wird der Führer des ungarischen Finanzkapitals, der Vorsitzende der Anglo-Ungarischen Bank, Graf Károlyi. In einem programmatischen Artikel in dem faschistischen Kampforgan „Magyarság“ schreibt er:

„Der Sowjetproduktion, die sich in kolossalen Dimensionen entwickelt, stellt die besorgniserregende Verminderung der Industrieproduktion und des Warenverkehrs der kapitalistischen Länder gegenüber. . . Die beiden Systeme müssen früher oder später aufeinanderprallen. Die Stunde der Abrechnung muß bald schlagen.“

Károlyi stellt offen die Forderung nach der bewaffneten Intervention.

„Die Großmächte müssen in der Frage der Endabrechnung mit der Sowjetunion zu einer Vereinbarung gelangen. Man muß mit einer internationalen Söldnerarmee, bestehend aus mehreren hunderttausend ausgewählten Menschen, ausgerüstet mit allen Mitteln der modernen Waffentechnik, die gegenwärtig das rassistische Despotie angreifen und niederschlagen. . . Die Führung dieser internationalen Armee muß sich in den Händen Frankreichs befinden. . . Und falls dies aus irgendeinem Grunde nicht möglich wäre, dann müßte eine internationale Vereinbarung mit den schärfsten Strafsanktionen geschlossen werden zur vollständigen Umkreisung der Sowjetunion und zum vollständigen Verbot des Geschäftsverkehrs mit ihr. Diejenigen, die gegen diese Vereinbarung verstößen, müssen zu Vaterlandsverrätern erklärt und mit dem Tode bestraft werden.“

Diese Erklärung in Verbindung mit den Tatsachen, die wir angeführt haben, sind ein schlagender Beweis für die aktiven Vorbereitungen des Weltimperialismus zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Sie zeigen, daß die Gefahr der Intervention keine „kommunistische Erfindung“ ist, sondern eine reale Gefahr, die sich in ihrer ganzen Größe vor dem Weltproletariat erhebt und es zur größten Wachsamkeit gemahnt.

Die größte Gefahr für die Sowjetunion und für das Weltproletariat liegt aber in der Tatsache, daß sich der Weltimperialismus in seinen Raubplänen auf die aktive Hilfe der internationalen Sozialdemokratie, der II. Internationale, die sich immer mehr zur Stöbrigade des Weltimperialismus im Kampfe gegen die Sowjetunion entwickelt, stützen kann!

Einige historische Feststellungen

So wie wir hoffen, durch unsere bisherigen Darlegungen auch den sozialdemokratischen Arbeitern überzeugend nachgewiesen zu haben, wie ernst und groß die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist, hoffen wir durch unsere weiteren Darlegungen auch den schließlichen Beweis für unsere Behauptung zu erbringen, daß die II. Internationale die Hauptstütze der internationalen Bourgeoisie im Kampfe gegen die Sowjetunion ist. Wir beginnen mit einem kurzen historischen Rückblick auf die erste imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion und die darauf folgenden fortgesetzten Überfälle der vom Imperialismus organisierten konterrevolutionären Banden und der von den Menschewiki organisierten Aufstände im Innern des Landes, wobei wir uns hauptsächlich mit der Rolle der Partei der Menschewiki beschäftigen werden, die damals wie auch heute noch ein wichtiger Bestandteil der II. Internationale ist und die „russische“ Politik derselben bestimmt.

Von Kerenski zu Krassnow, Denkin, Koltschak und Wrangel.

Nach der Februar-Revolution haben die russischen Menschewiki vollständig die Politik und die Praxis der bürgerlichen provisorischen Regierung unterstützt und den kapitalistischen Ministern alleseitig Hilfe erwiesen. Von der Zusammenarbeit mit Kerenski führte ihr Weg zur offenen Unterstützung des Zaren Generals Krassnow, zu den weißgardistischen Generalen Denkin, Koltschak, Wrangel in ihrem Kampfe gegen die proletarische Revolution.

Nach der Oktober-Revolution machten die Menschewiki einen weiteren Schritt in das Lager der imperialistischen Feinde des Staates der proletarischen Diktatur. Aktiv beteiligt an den verschiedenen konterrevolutionären Aufständen gegen die Sowjetmacht, stellten die russischen Menschewiki die engste Verbindung mit der weißgardistischen Bewegung her. Die ganze Periode des Bürgerkrieges ist voll von krassen Beispielen der aktiven Zusammenarbeit der Menschewiki mit den Weißgardisten und den hinter ihnen stehenden ausländischen Imperialisten. Aber auch die wenigen Tatsachenberichte, die wir veröffentlichten, geben ein geschlossenes Bild über die verbrecherische Rolle, die die Menschewiki in diesem Zeitschnitt gespielt haben.

Die Menschewisten, die nach der bolschewistischen Revolution sich auf dem Sowjet-Territorium aufhielten, traten natürlich nicht immer als offene Anhänger der Intervention auf. Ihre konterrevolutionäre Verdecktheit sie oft mit linken Phrasen über eine loyale, wenn auch oppositionelle Haltung zur Sowjetregierung, über Anerkennung der historischen fortschrittlichen Rolle der Sowjets als solcher. Sie nahmen eben jene Position ein, die dann später den Otto Bauer, Seydewitz und Engelbert Graf als Vorbild diente. Offen für die Intervention, offen für den Sturz der Sowjetregierung, offen für den Imperialismus traten dagegen die Menschewiki ein, wenn sie sich unter dem Schutz der Interventionsarmeen befanden.

Die Okkupation Odessas und Herr Garwi.

Ein klassisches Beispiel ist dafür der Menschewiki Garwi, der heute der russische Redakteur des „Vorwärts“ ist.

Am 19. Januar 1919 erklärte dieser Herr Garwi in einem Referat, das er nach der Besetzung Odessas durch die Truppen des französischen Imperialismus und nach jenen blutigen Racheakten an den Odessaer Arbeitern und Kommunisten, die vom

ersten Tage der Ankunft der Besatzungstruppen begannen, auf einer Versammlung der menschewistischen Organisation von Odessa hielt, folgendes:

„Die Alliierten erschienen hierher nicht so sehr auf einen Appell hin, als vielmehr veranlaßt durch eigene bestimmte Interessen. Z. um Kampfe gegen sie aufzurufen, ist Wahnsinn und Abenteuerium. Die Demokratie muß ihre Kräfte mobilisieren und sich mit der Demokratie der Entente-Länder in Verbindung setzen, um den Bruch der Alliierten mit den reaktionären Kreisen Rußlands und eine demokratische Ausrichtung ihrer Politik gegenüber Rußland herbeizuführen. Objektiv interessiert an der Einigung Rußlands, müssen sich die Alliierten davon überzeugen, daß diese Einigung nur auf demokratischem Wege möglich ist. Von der Kraft und Geschlossenheit der Demokratie Rußlands selbst wird in nicht geringem Maße auch der Charakter der Entente politik gegenüber Rußland abhängen.“

In diesen Sätzen entlarvte sich Garwi als ein offener Agent des französischen Imperialismus. Anlaßlich der Wiedergabe der seinerzeit im offiziellen Organ der Menschewiki in Odessa veröffentlichten Rede während des Menschewiki-Prozesses in Moskau antwortete Herr Garwi im „Sozialistischen Boten“, dem in Berlin erscheinenden theoretischen Organ der russischen Menschewiki, mit einem hilflosen Gestammel, indem er schrieb:

„Wir hatten mit der unabänderlichen Tatsache der Ententeokkupation zu rechnen, wie wir vorher mit der Tatsache der deutschen Okkupation rechnen mußten. . . . Insofern die Intervention eine harte Tatsache der militärpolitischen Wirklichkeit war, entstanden eine Zeltung bei einzelnen Genossen, und darunter auch bei mir — Hoffnungen auf eine demokratische Ausrichtung — in erster Linie mit Hilfe der sozialistischen Parteien — der Politik der Interventionsmächte unter dem Druck der Demokratie der Entente-Länder auf ihre Resurrektion.“ (Nr. 3, Jahrgang 1931.)

Herr Garwi charakterisiert also die französische Intervention in den Jahren 1918/19 als eine „unabwendbare Tatsache“. Sein Versuch, die Tatsache des Bündnisses, das die Führer der Menschewiki mit den Führern der Interventionsarmeen gegen die proletarische Revolution geschlossen hatten, abzuleugnen, aber ist ihm völlig mißlungen.

Menschewistischer Aufruf zum Eintritt in die antibolschewistische Freiwilligen-Armee.

In Samara, wo unter der Herrschaft tschechischer Bajonette Mitte 1918 eine konstituierende Versammlung einberufen wurde, spielten die Menschewisten eine führende Rolle. Am 11. Juni 1918 faßte die menschewistische Parteiorganisation in Samara den Beschluß, ihre Anhänger und die sympathisierenden Arbeiter aufzurufen, in die antibolschewistische freiwillige Armee einzutreten, um gegen die „bolschewistischen Banden“ zu kämpfen. (Zeitung Westernaja Sarja (Abendrotte), 15. Juni 1918 Nr. 72.)

Mitte 1918 war die Sowjetregierung in einer besonders gefährlichen Lage. Überall drangen die weißgardistischen Armeen vor. Die deutschen Armeen rückten gleichfalls vor. In Erwartung daß das Schicksal des Bolschewismus bald sinken werde, änderten auch die „linken“ (Martow) und zentralistischen Menschewiki (Dan) ihre Haltung. In der Malkonferenz von 1918 riefen die Menschewiki die russischen Arbeiter auf, „sich auf einen hartnäckigen Kampf um die Ablösung des Zerr-

Bildes der sozialistischen Republik durch eine wahre demokratische Republik zu rüsten." (Resolution zu dem Referat von Theodor Dan.)

Die taktische Schwenkung der Menschewiki.

Es kam aber anders. Die Revolution in Deutschland und Oesterreich sprengte den eisernen Ring der deutschen Armee, die bis dahin gemeinsam mit den französischen Interventionstruppen und den weißgardistischen Banden gegen den proletarischen Staat kämpften. Die dadurch freiwerdenden Kräfte konnten erfolgreich gegen die Banden Denikin und Koltchaks eingesetzt werden und diesen eine vernichtende Niederlage bereiten.

Der Sieg der roten Streikkräfte führte wieder zu einer taktischen Schwenkung der Menschewiki. Auf der Parteikonferenz der Menschewiki, die vom 27. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 stattfand, operierte eine Gruppe mit linken Phrasen. Die „linken“ Menschewiki bezeichneten die Rechten (Liber, Potressow, Lewitzki) als Lakaien des Imperialismus. Genau so wie auf dem Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie der „linke“ Eckstein den Parteivorstand der Unterstützung der faschistischen Regierung beschuldigte. Über ganze Parteiorganisationen, die zu offen die Intervention unterstützt hatten, wurde der Banstrahl geschleudert.

Die Drohungen der „Linken“ mit Ausschluss der rechten Interventionisten usw. erschütterten aber nur die Luft und genau so wie bei den deutschen „Linken“ wurde den Rechten Generalpardon zugestanden.

Die georgischen Menschewiki für die Imperialisten des Westens.

Besonders charakteristisch für die Stellung der Menschewiki zum Imperialismus ist die Herrschaft der Menschewiki in Georgien von 1919 bis 1921. Die georgischen Menschewiki boten in der schamlosesten Weise ihre Dienste den jeweilig vordringenden Imperialisten an, heute den Deutschen, morgen den Engländern oder Franzosen. Sie beschränkten sich nicht nur auf die Zusammenarbeit mit den ausländischen Imperialisten, sondern unterhielten auch dauernde Beziehungen zu den konterrevolutionären weißgardistischen Armeen. In einem Bericht des menschewistischen Ministers **Gegetschkori** an Denikin heißt es:

„In der Frage des Verhaltens zu den Bolschewiki kann ich erklären, daß der Kampf gegen die Bolschewiki innerhalb unserer Grenzen ein erbarmungsloser ist. Wir unterdrücken mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Bolschewismus.“

Und der Führer der georgischen Menschewiki, **Dshordanja**, der heute ein hervorragendes Mitglied der II. Internationale ist, gab am 14. Januar 1920 in der Konstituentenversammlung Georgiens eine Erklärung ab, in der er wörtlich ausführte:

„Sie wissen, daß Sowjetrußland uns ein militärisches Bündnis angeboten hat. Ich werde aber die Imperialisten des Westens den Fanatikern des Ostens vorziehen.“

Der Kronstädter Aufstand 1921.

Als im Februar 1921 die von den Imperialisten und der weißgardistischen Konterrevolution gekaufte oder betrogenen Matrosen in Kronstadt einen Aufstand organisierten, standen wiederum die Menschewiki, diesmal Arm in Arm mit den Anarchisten, in der Front der Konterrevolution. Der „Sozialisteschki Wjestnik“ (Sozialistischer Bote), das ausländische Organ der Menschewiki, schrieb über den Kronstädter Aufstand:

„Die Massen gehen in den Tod für die menschewistischen Lösungen von der politischen Freiheit, von den frei gewählten Sowjets, von den be-

freiten Gewerkschaften, von der Aufhebung der Parteidiktatur der Kommunisten, des Terrors der Tscheka und von dem Abkommen mit der Bauernschaft auf der Grundlage von Konzessionen an das Prinzip des freien Handels. . . . Die russische Sozialdemokratie ist um so mehr berechtigt, einen Triumph zu feiern, als sie — bei völligem Fehlen einer Organisation unter den Matrosen — zu ihrer Bewagung in keiner Beziehung stand.“

Vergebens versuchten die Menschewiki, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Kein anderer als die Weißgardisten selbst bestätigten ihnen ihre aktive Beteiligung und belobten sie ausdrücklich. Auf dem III. Weltkongreß führte Lenin über die Rolle der Menschewiki während des Kronstädter Aufstandes folgendes aus:

„Anlässlich des Kronstädter Aufstandes, bei dem die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gemeinsam mit den Weißgardisten kämpften, sprach sich Millukow für die Lösung aus: „Sowjets ohne Bolschewiki.“ Diesen Gedanken weiterentwickelnd, schrieb derselbe Millukow: „Ehre und Andenken den Sozialrevolutionären und Menschewiki; denn sie haben die Aufgabe, als erste die Macht den Bolschewiki zu nehmen.“

So sehen wir, daß es in den Jahren 1918, 1919, 1920 und 1921 keinen konterrevolutionären Putsch und keinen Aufstand gegen die Sowjetmacht gegeben hat, an dem die Menschewiki nicht mit den Imperialisten und den weißgardistischen Räuberbanden gemeinsame Sache gemacht hätten.

Das Wirtschaftsprogramm der Menschewiki.

Als im Frühjahr 1921 die Neue Oekonomische Politik eingeleitet wurde, herrschte im Lager der Kapitalisten allgemeiner Jubel. Die auf der Lauer liegenden Räuber erwarteten, daß dieser Entschluß die Rückkehr der Bolschewiki zum Kapitalismus bedeute. In diesem Jubelchor stimmten selbstverständlich auch die Menschewiki ein. Am 4. Oktober 1921 veröffentlichte **Marlow**, der Führer der Menschewiki, im „Sozialistischer Bote“ einen großen Artikel „Unsere Plattform“, in dem es wörtlich heißt:

„Das Wirtschaftsprogramm unserer Partei muß einer völligen Revision unterzogen werden. Die Partei muß ihren Standpunkt durch die Tatsache korrigieren lassen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft in Rußland hauptsächlich auf kapitalistischem Boden vor sich gehen wird, und daß unter den gegebenen historischen Voraussetzungen das der vernünftige Weg ist.“

In der Hoffnung, daß die Bolschewiki diesen „vernünftigen Weg“ gehen würden, stellten sich viele führende menschewistische Funktionäre der Sowjetunion zur Arbeit in den Staatsinstitutionen zur Verfügung. Sie hofften, auf diesem Wege die Positionen in ihre Hände zu bekommen, die es ihnen später, nach dem Sturz der Bolschewiki ermöglichen sollten, die Volkswirtschaft in ihrem Sinne zu leiten. Als die Geschichte aber ihre Wünsche zerschlug, als die Neue Oekonomische Politik nicht, wie sie es erwartet hatten, zu einer Revision, sondern zu einer Fortentwicklung der Revolution führte, erfolgte ihr klägliches Versagen, durch Schädigungsarbeit und Sabotage dem „vernünftigen Weg“ des Kapitalismus vorzuarbeiten.

Die polnischen Menschewiki und die Intervention.

Nicht minder verbrecherisch als die Rolle der russischen Menschewiki war die der polnischen Menschewiki. Die PPS, die den aktivsten Anteil an der Erstückerung des ukrainischen Aufstandes in Ostgalizien nahm, be-

grüßte mit Begeisterung den Marsch der polnischen „weißen Adler“ auch auf einem anderen Frontabschnitt, auf dem Boden des westlichen Weißrusslands. Die Besetzung Wilna durch polnische Heere erklärte die PPS, als einen Triumph des Grundsatzes der „Selbstbestimmung“ der Völker.

Mitte März 1920 setzten geheime Unterhandlungen zwischen dem damaligen Staatsoberhaupt Pilsudski und dem ukrainischen Bandenführer Petljura ein. An diesen Unterhandlungen nahm auch der Führer der PPS, Daszynski teil. Das Ergebnis war eine Vereinbarung mit Petljura, auf Grund deren Pilsudski sich verpflichtet hatte, die Ukraine bis zum Dnjepr zu besetzen. In der Seimkommission für auswärtige Angelegenheiten stimmten die PPS-Vertreter am 22. April 1920 für den Antrag, „die Erklärung der Regierung“ zur Frage der Vereinbarung mit Petljura „zur Kenntnis zu nehmen“, wobei Daszynski erklärte, Polen müsse die Grenze von 1792 anschieben. In der Plenarsitzung des Seim, drei Tage darauf, erklärte Daszynski im Namen seiner Fraktion, daß die Vereinbarung mit Petljura „klug und in Anbetracht der Kräfte Polens und der Ukraine notwendig sei“.

Unter den wichtigen Schlägen der Roten Armee, der Arbeiter und Bauern, wurden die polnischen Truppen gezwungen, schleunigst die Sowjet-ukraine zu räumen. Sie flüchteten in panischem Schrecken bis zu den Mauern Warschaus. Die werktätigen Massen der ganzen Welt, die Avantgarde der Arbeiterschaft Polens, begrüßten und unterstützten den Vormarsch der Roten Armee, denn sie verstanden, daß die Sache, wofür diese kämpfte, die Sache des internationalen Proletariats war. Um die Macht der Bourgeoisie zu retten, bildete aber die PPS, zusammen mit allen bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung, mit dem Führer der Kollakenpartei Witos als Ministerpräsidenten und dem Führer der PPS, Daszynski als seinem Stellvertreter an der Spitze. Diese „Arbeiter- und Bauernregierung“ — so bezeichnen die PPS-Leute vor den Arbeitern die konterrevolutionäre Koalition — versprach den Bauern Boden, den Arbeitern soziale Reformen und bemühte durch diese lügenhaften Versprechungen das Wüten des weißen Terrors, die unerbittliche Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter- und Bauernmassen. In den PPS-Versammlungen und in der Parteipresse wurden die ekelhaftesten nationalistischen Organe gefeiert, um das Bewußtsein der Arbeitermassen mit dem Hass gegen die „Moskowiter“ zu vergiften.

„Arbeitervolk! Tretet die Moskowiter mit den Füßen wie die Reptilien, besät den Boden mit ihren Leichen!“

Das war der Text des „Revolutionsliedes“, welches der „Robotnik“ (Zentralorgan der PPS), als neue proletarische Hymne dem von der PPS organisierten „Arbeiterregiment zum Schutze Warschaus“ zu singen empfahl.

„Den größten Dienst kann jetzt der polnische Militarismus der Welt erweisen!“ — erklärte Daszynski in der Sitzung des ZK, der PPS, am 29. August 1920.

Während der Friedensverhandlungen in Minsk und Riga verteidigten die Führer der PPS, Barlicki und Petliura als Mitglieder der Regierungsdelegation die imperialistischen Ansprüche der polnischen Kapitalisten und Grundbesitzer. Nach dem Rigaer Frieden haben die Führer der PPS, im Namen der Demokratie alle möglichen Arten von weißgardistischen Abenteurern, wie Sawinkow, Balachowitsch, Petljura, Tjajunuk u. a. unterstützt.

Die deutsche Sozialdemokratie und die erste Intervention.

Die Rolle, die die deutsche Sozialdemokratie während der ersten Intervention und den verschiedenen konterrevolutionären Aufständen gespielt hat, ist nicht minder erbärmlich, als der russischen und polnischen Menschewiki. Die deutsche Sozialdemokratie gab nicht nur dem räuberischen Brester „Friedensvertrag“ ihre volle Zustimmung, sondern unterstützte die Fortsetzung des Krieges gegen das russische Volk auch nach dem Friedensschluß. Ebenso unvergessen muß bleiben, daß es die sozialdemokratische Regierung Ebert-Scheidemann war, die den Bandenkrieg der Balkan-Truppen gegen die Sowjetmacht fortsetzen ließ und den sozialdemokratischen Abgeordneten Winnig als Regierungskommissar ins Hauptquartier der Balkanarmee entsandte. Während des polnisch-russischen Krieges war es die Regierung Hermann Müller, die mit der französischen Regierung einen Pakt auf Lieferung von Kriegsmaterial schloß und die französischen Truppen auf deutschen Eisenbahnen nach Polen transportierte, was einer offenen aktiven Kriegshandlung gegen die Sowjetunion gleichkam.

So wie die deutsche Sozialdemokratie, so unterstützte auch die englische, französische, tschechoslowakische und belgische Sozialdemokratie die erste Intervention gegen die Sowjetunion. Die gesamte II. Internationale und die austramarxistische 2^{te} Internationale billigten nicht nur den Interventionskrieg, sondern unterstützten ihn aktiv durch eine niederträchtige Hetzkampagne gegen die Sowjetunion.

Lenin über die Rolle der Menschewiki

In einem Artikel über die Parteihäuberung gab Lenin nach der Beendigung des Bürgerkrieges folgende Charakteristik über die Haltung der Menschewiki während der Zeit des Bürgerkrieges und der Intervention:

„Während der Zeitperiode 1918–21 bewiesen die Menschewisten zwei ihrer Eigenschaften: die erste ist die geschickte Anpassung an die unter den Arbeitern herrschende Richtung, die zweite ihre Neigung, den Weißgardisten zu dienen und dabei diesen Dienst in Abrede zu stellen.“

Diese Worte Lenins gelten nicht nur für die Menschewiki von damals, sondern in vollem Sinne des Wortes auch für die Menschewiki von heute und für die gesamte II. Internationale!

Die II. Internationale in der Interventionsfront

Auf unsere historischen Feststellungen wird mancher sozialdemokratische Arbeiter antworten: Nan ja, das war einmal. Das gehört der Geschichte an. Unsere Führer von heute haben mit diesen Dingen, die auch wir verurteilen, nichts zu tun. Sie sind gegen jeden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Die Beschlüsse der II. Internationale und unserer Partei beweisen das.

Darauf erwidern wir: Die Führer der II. Internationale und der sozialdemokratischen Parteien sind dieselben Männer, die bereits 1918–19 und später, also in jener Zeit, in der sich die erste imperialistische Intervention und die fortgesetzten Ueberfälle der konterrevolutionären weißgardistischen Banden auf die Sowjetunion abspielten, diese mehr oder minder unter-

stützten. Ihre Entwicklung seit jener Zeit, ihre intimste Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in allen Ländern, ihre direkte Beteiligung an einer Reihe von imperialistischen Regierungen, hat ihren Haß, ihre Feindschaft, ihre Aggressivität dem Sowjetstaate gegenüber noch gesteigert. Ihr Streben, mit der Sowjetunion „Schluß“ zu machen, mit allen „geeigneten“ Mitteln, auch durch eine bewaffnete Intervention, ist heute lebendiger denn je.

Der Prozeß gegen die Menschewiki.

Im März dieses Jahres standen in Moskau vor dem höchsten proletarischen Gerichtshof vierzehn Mitglieder der Partei der Menschewiki, die sich wegen konterrevolutionärer Schädigungsarbeit, wegen Vorbereitung einer bewaffneten Intervention gegen die Sowjetunion zu verantworten hatten. Die Gromann, Suchanow, Rubin, Scher und Konsorten mußten unter der Wucht des bereits in der Anklageschrift enthaltenen Materials ihre verbrecherische Tätigkeit eingestehen. In mehrfacher offener Gerichtsverhandlung wurden die geheimen Verbindungen der angeklagten und überführten Menschewiki mit dem Auslandsbüro der Menschewiki in Berlin entlarvt, die führende Rolle der Herren Dan und Abramowitsch, die in der Exekutive der II. Internationale sitzen und ständige Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zentralorgane, des „Vorwärts“ in Berlin, des „Populaire“ in Paris, des „Le Peuple“ in Brüssel und der „Arbeiterzeitung“ in Wien sind, aufgedeckt. Der Prozeß enthüllte auch die Tatsache, daß die Vandervelde, Blum, Hillerding und Konsorten nicht nur über die Tätigkeit der menschewistischen Saboteure und Interventionisten auf dem laufenden waren, sondern sie direkt unterstützen.

Vor dem Forum des Weltproletariats wurden die Führer der II. Internationale, die sich in der Rolle des Anklägers gefielen zu Angeklagten. Die Gromann, Dan, Rubin, traten in den Hintergrund. Der Prozeß gestaltete sich in seinem weiteren Verlauf immer mehr zu einer furchtbaren Anklage gegen die sowjetmörderische konterrevolutionäre Politik der Führung der II. Internationale, die durch keinerlei Dementi und „eidesstattliche“ Erklärungen abgelehnt und entkräftet werden konnte. Das Urteil des proletarischen Gerichtshofes gegen die Menschewiki war zugleich ein politisches Vernichtungsurteil gegen die II. Internationale.

Der Moskauer Prozeß hat unwiderräglich bewiesen, daß der militärische Interventionsplan der Imperialisten die Grundlage nicht nur der gesteigerten Sowjethetze der Weltbourgeoisie, sondern auch der internationalen Sozialdemokratie war; daß die Partei der Menschewiki sich in eine Geheimagentur für Wirtschaftssabotage zur Vorbereitung der Intervention verwandelt hat. Er entlarvte die Führer der II. Internationale als die schlimmsten Agenten des konterrevolutionären Imperialismus.

„Die Gerichtsuntersuchung hat festgestellt, daß die Annahme des Kurses auf die Intervention und die Schädigungsarbeit als ein Mittel ihrer Vorbereitung die Menschewiki veranlaßt hat, einen engen politischen Block mit der konterrevolutionären Kulakenpartei der Kondrajew-Tschalanow sowie mit der „Industriepartei“, der interventionistischen Spionage- und Schädigungsorganisation der Großbourgeoisie der imperialistischen Länder zu schließen.“ (Aus der Urteilsbegründung im Menschewiki-Prozeß.)

So wie der Prozeß die verbrecherischen Pläne der Menschewiki und der Führer der II. Internationale restlos aufdeckte, so deckte er auch die Motive auf, die die russischen Menschewiki und ihre Gönner aus der Führung der II. Internationale auf den Weg der Schädigungsarbeit und der planmäßigen Interventionsvorbereitungen führte. Die Angeklagten gaben zu, daß sie auf die Hervorrufung einer „Katastrophe“ hinarbeiteten, die zu Bauernanständen und zum allgemeinen blutigen Chaos führen sollte, was eine geeignete „Konjunktur“ für die bewaffnete Intervention schaffen würde.

Unter dieser Perspektive erachteten sie es für ihre „Pflicht“, das „historisch Unabwendbare“ zu beschleunigen, die „Geburtswehen der Geschichte“ zu erleichtern. Als die Dan und Abramowitsch denen das bisherige Tempo der Schädigungsarbeit nicht genüge, auf die Verstärkung und Beschleunigung drängten, konnten die Angeklagten den ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Die Wirtschaft der Sowjetunion nahm ein so stürmisches Wachstum an daß alle Schwierigkeiten überwunden und alle Ausfälle, die sich aus der organisierten Schädigungsarbeit ergaben, eingeholt wurden. Das brachte die Gromann, Rubin und Konsorten in Verlegenheit und rief in ihnen Zweifel an der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer konterrevolutionären Handlungen hervor. Da waren es wieder die Dan und Abramowitsch, die sie vorwärts drängten. Als Abramowitsch die Berichte der Angeklagten über die Konjunktur-Entwicklung in der Sowjetunion entgegennahm, gab er ihnen neue Direktiven, um jeden Preis in ihren Berichten zu beweisen, daß die Sowjetunion unauffällig der wirtschaftlichen Katastrophe entgegenginge. Soweit die späteren Berichte dieser Anforderung nicht genügend, wurden sie in Berlin gefälscht und umgearbeitet. Der zweifelhafte „Rußland-Informationen“ war klar. Einerseits sollte damit die internationale Bourgeoisie in der Vorbereitung ihrer Interventionspläne angeeuet und bestärkt werden, andererseits wollte man der Arbeiterschaft mit diesen Berichten die Unfähigkeit der Bolschewiki, eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen, beweisen.

Der Prozeß gegen die Menschewiki hat nicht nur diese Seite der verbrecherischen Schuld der Führer der II. Internationale aufgezeigt, er verbar gleichzeitig enthüllt, daß die II. Internationale, die Vandervelde, Blum, Hillerding, ihre Agenten in der Sowjetunion durch finanzielle Mittel unterstützt hat, damit sie ihre verbrecherische Arbeit organisieren und Verbindete werben konnten.

Die Antwort der entlarvten Verbrecher und Mitverschworenen.

Die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen die Gromann, Rubin, Suchanow, Scher und Konsorten löste in der gesamten sozialdemokratischen Presse einen „Sturm der Empörung“ aus. Durch Beschimpfungen und Verleumdungen der Partei Lenins, des Genossen Stalin und des proletarischen Gerichtshofes versuchte die sozialdemokratische Presse die Wirkung der Anklageschrift abzuschwächen. Und als schon in den ersten Verhandlungstagen die Angeklagten unter der Wucht des zusammengetragenen Materials ihre verbrecherischen Handlungen eingestanden, schrie die sozialdemokratische Presse über „erpresserische Manöver der GPU“. Aber schon wenige Tage später waren dieselben Angeklagten, die „Opfer der Stalinschen Gewaltpolitik“ zu „gekauften und bestochenen Subjekten des Sowjetsystems“ geworden. Die Presse der II. Internationale ließ die Angeklagten in dem Augenblicke fallen, um eröffnete auch gegen sie ein Trommelgeschrei von Beschimpfungen, als sie offen ihre verbrecherische Schuld und die Mitverantwortung der Dan und Abramowitsch, der Vandervelde, Blum, Hillerding vor aller Öffentlichkeit eingestanden.

Nachdem so die Führer der II. Internationale ihr Spiel verloren sahen, ließen sie erneut die Maske fallen und entfalten eine neue Hetzkampagne gegen die Sowjetunion.

Monsieur Vandervelde meldet sich!

Am 21. März veröffentlichte Vandervelde in dem offiziellen Informationsorgan der II. Internationale einen Artikel über den Prozeß der Menschewiki. Einleitend beteuert Vandervelde die Unschuld der Dan und Abramowitsch in allen Tonarten. Dann fährt er wörtlich fort:

„Wahrlich, man muß in einem unerhörten Grade und gegen jede offensichtliche Wahrscheinlichkeit auf die menschliche Leichtgläubigkeit bauen, um es zu wagen, Männer wie Hilferding, Blam, Friedrich Adler oder mich anzuklagen, — daß wir mit den „Weißen“ gemeinsame Sache machten, daß wir insgeheim eine ausländische Intervention vorbereiteten, daß wir unter einer Decke steckten mit den imperialistischen Generalstäben: während uns die gesamte bürgerliche Presse Europas täglich den Vorwurf macht, — daß wir — trotz alledem — mit der russischen Revolution gehen, daß wir uns mit allen unseren Kräften der Einkreisungspolitik, dem Boykott, der Isolierungspolitik gegen die Sowjetunion, widersetzen. Die Leute vom Krenl sollten sich indessen keinen Illusionen hingeben über die Erfolge, die sie mit solchen Manövern erreichen können. Früher oder später drängt sich die Wahrheit durch zum Licht. Wenn diese Wahrheit erst den Arbeitern der Sowjetunion bekannt sein wird, dann wird ihnen, die sie heute mit solcher Verwegenheit betrogen, eine große Rechnung vorgelegt werden. Es kommt für alle der zahlende Tag.“

Die Wahrheit, von der Herr Vandervelde spricht, ist schneller ans Licht gekommen, als es ihm wünschenswert erschien.

„Der Tag der Abrechnung kommt“

Zur selben Zeit, da Herr Vandervelde diese Sätze im Informationsorgan der II. Internationale veröffentlichte, brachte der „Le Peuple“, das Organ der belgischen Arbeiterpartei, einen „Protest des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei gegen die gemeinen Prozesse von Mailand und Moskau“. Dieses Dokument wirft das „diktatorische Regime“ des Faschismus und des Bolschewismus in einen Topf und spricht in gleichem Atemzug vom „Potentat Mussolini“ und vom „Potentat Stalin“:

„Der letzte Prozeß genützte Stalin nicht, um die Schwächen seiner Politik zu verschleiern. Er brauchte einen zweiten, noch groteskeren als der erste, in welchem Menschewiken angeklagt waren, die mit einer Hartnäckigkeit Geständnisse machten, die ein bedeutames Licht auf die Moskauer Gerichtsverfahren werfen. Die Moskauer Führer schlagen jetzt Kapital aus diesen sogenannten Enthüllungen und klagen alle sozialistischen Parteien an, die Politik der Sowjets zu sabotieren. . . . Wir erheben einen flammenden Protest gegen diese abscheulichen Verfahren, die dem menschlichen Gewissen direkt entgegenzusetzen sind. . . . Aber die Tyrannen wollen damit den Bankrott des Regimes, das sie verkörpern, verschleiern!“

Dieser „Protest“ der Partei Vanderveldes vergleicht das Sowjet-system der proletarischen Diktatur, das den Sozialismus aufbaut und die letzten Spuren des Kapitalismus verliert, mit dem faschistischen Regime Italiens. Noch deutlicher aber wird der Protest der belgischen Arbeiterpartei in seinen Schlußsätzen, in denen es mit einer deutlich sichtbaren Wendung an die Sowjetunion heißt:

„Habt acht, der Tag der Abrechnung wird bald kommen. Die sozialistischen Parteien erwarten ihn mit Ungeduld, um ein endgültiges System in dieser Welt aufzurichten.“

Diese Warnung ist nichts anderes, als ein offener Aufruf zum Inneren und äußeren Kampf gegen die proletarische Diktatur in der Sowjetunion, gegen ihr heroisches Werk, den Aufbau des Sozialismus.

Der „verrückte Fünfjahresplan“

Im „Populaire“, dem Organ der französischen Sozialdemokratie, erschien zur selben Zeit ein Artikel, in dem zunächst ein Wutgeheul gegen die Groman, Rubin und Konsorten angestimmt wird. Sie werden als „Agenten der Sowjetunion“, als „bezahlte und bestochene Provokateure“ charakterisiert. Dann leistet sich der Artikelschreiber, der Fachmann für Außenpolitik, Rosenfeld, folgende Perfidie:

„Ja, es gibt eine unehrliche „Sabotage“ in Rußland, aber diese Sabotage des ganzen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und moralischen Lebens ist die Konsequenz der terroristischen Diktatur des Bolschewismus und seines verriickten Unternehmens, das unter dem Fünfjahresplan bekannt ist. Der wirkliche Saboteur ist Stalin. Der wirkliche Aushanger des Proletariats ist Stalin. Der wirkliche Provokateur der Unzufriedenheit des Volkes ist Stalin. Er ist es, der durch Zerrümmung der Revolution die Konterrevolution in Rußland vorbereitet.“

Der Fünfjahresplan, dessen gewaltige Erfolge selbst die Todfeinde des Sozialismus, die Weltbourgeoisie, zur ungewollten Anerkennung zwingen, der von der Arbeiterklasse der ganzen Welt stürmisch begrüßt und gefeiert wird, ist für den außerpolitischen Schwerverständigen des französischen „Populaire“, Rosenfeld, ein „verrücktes Unternehmen“. Von dieser ruchlosen Hetze bis zum offenen Angriff auf die Sowjetunion ist nur noch ein kleiner Schritt.

Die Verleumdungszentrale in der Lindenstraße

In derselben niederrückrigen Weise nimmt auch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, zu den Ergebnissen des Menschewiki-Prozesses Stellung. So wie aus Hilferdings Händen die Banknoten in die schmutzigen Hände der Schädlinge und Saboteure wanderten, so gingen vom „Vorwärts“ täglich die verlogenen Nachrichten und erbitterlichsten Verleumdungen in die Redaktionen der sozialdemokratischen Provinzpresse und von dort an die sozialdemokratische Arbeiterschaft.

„Gleichzeitig hat die Gerichtsverhandlung festgestellt, daß die Auslandszentrale der russischen Sozialdemokratie (Menschewiki) ihre verbrecherische, konterrevolutionäre Arbeit zur Interventionsvorbereitung und die Finanzierung der diesem Zwecke dienenden Schädigungsarbeit des „Unionsbüros“ mit Wissen und Billigung der II. Internationale durchgeführt hat, die diese Arbeit gedeckt und mittels der deutschen Sozialdemokratie mit Geldmitteln unterstützt hat.“ (Aus der Urteilsbegründung im Menschewiki-Prozeß.)

Die „linken“ Proteste.

Auch die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten traten nach Abschluß des Prozesses erneut mit einer Hetzkampagne gegen die Sowjet-

union auf den Plan. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte am 10. März einen Artikel: „Die Schändung der Revolution“; mit der Überschrift: „Bolschewistische Justiz im Kampfe gegen die Sozialdemokratie“, in dem es wörtlich heißt:

„Während sich die Sowjetunion offiziell mit den faschistischen Staaten verbündet, die faschistische Großbourgeoisie nach Rußland einlädt und mit ihr engere Verbindungen eingetrigt (zur Rettung des Kapitalismus), wird die Sozialistische Arbeiter-Internationale der Vorbereitung von Interventionen und der Kriegshetze gegen den „proletarischen Staat“ bezichtigt. Die sozialistische Arbeiterschaft hat dagegen protestiert, sie verstärkt ihren Protest nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern weil durch diese bolschewistischen Methoden die russische Revolution nicht gefördert und das Ansehen und die Bewegung des internationalen Sozialismus herabgesetzt und geschwächt wird.“

Fürwahr, bessere Verteidiger als die „Linken“ Sozialdemokraten kann sich die russische Revolution und der internationale Sozialismus nicht wünschen!

„Nicht die ganze Internationale.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Austro-Marxisten, die die Rolle der „Linken“ im internationalen Maßstabe spielen, wagt es nicht zu leugnen, daß die II. Internationale für den gewaltsamen Umsturz und für die Intervention ist, sie stellt aber in Abrede, daß die ganze Internationale dieses Ziel verfolgt. So schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ in einem Artikel vom 8. März 1931: „Die russische Sozialdemokratie aber und mit ihr die ganze (von uns hervorgehoben, DV.) Sozialistische Arbeiter-Internationale, seien für die Intervention . . .“. An einer anderen Stelle desselben Artikels heißt es wiederum: „Gegen die ganze Sozialistische Internationale erhebt Krylenko diese groteske Anklage.“

Hätte also Krylenko nicht gegen die ganze, sondern nur gegen die halbe II. Internationale diese Anklage erhoben, dann hätten die Austro-Marxisten vom Schlage Otto Bauers keine Veranlassung zum Protest gehabt. Aber diese schwere Anklage gegen die ganze II. Internationale zu erheben, das ist Otto Bauer und seinen Gesinnungsfreunden zu viel. Dagegen erhebt er geharnischten Protest. Derselbe Artikel weist darauf hin, daß auf dem Marseller Kongreß der II. Internationale, also bereits im Jahre 1925, der Antrag gestellt wurde: „Wenn Aufstände in Rußland ausbrechen, sei es Pflicht der sozialistischen Parteien, sich an ihre Spitze zu stellen“, und setzt hinzu: „Ein Mann von so hoher Autorität wie Karl Kautsky unterstützte diese Auffassung, aber die Menschewiki waren nur für die friedliche Demokratisierung eingetreten.“ Otto Bauer rückt hier von Kautsky ab und solidarisiert sich mit den „friedlichen“ Menschewiki, die aber für ein und dieselbe Sache nur einen anderen Ausdruck gebraucht.

Dieselbe „Arbeiter-Zeitung“, die hier von Kautsky abbrückt, bezeichnet denselben Kautsky, der heute mehr denn je für den Umsturz der Sowjetunion eintritt und dieser Frage ein ganzes Buch: „Der Bolschewismus in der Sackgasse“ — gewidmet hat, als „unseren alten Lehrmeister, den wir alle verehren“!

Welches ist das Ziel, das sich der „alte Lehrmeister der II. Internationale“ gestellt hat. In seinem Buche, in dem er so offen und eindringlich die Intervention gegen die Sowjetunion fordert, schreibt er über das Ziel, das durch den Sturz der Sowjetmacht erreicht werden soll, in folgenden Sätzen:

„Das bedeutet (die Demokratisierung der Sowjetunion, DV.) in ständiger Wechselwirkung auch stete Vermehrung der russischen Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Damit wird ein Prozeß eingeleitet, der endlich zur Überwindung der fürchterlichen Krise führen kann, die augenblicklich auf allen modernen Industrieländern lastet.“

Hier verliert Kautsky mit derselben Offenheit, wie er die Intervention fordert, eine Theorie, die auch die Kapitalisten verurteilen, die die Sowjetunion als die Hauptsache der Weltwirtschaftskrise bezeichnen. Kautsky fordert also den Sturz der Sowjetmacht und die Vernichtung der aufblühenden Sowjetwirtschaft, damit die räuberischen Kapitalisten neue Profite machen können.

Die rechten und „linken“ Sozialdemokraten, die Vanderveide, Blum, Wels, wie auch die Bauer, Seydewitz und Rosenfeld, wissen mit Kautsky, daß die Intervention der imperialistischen Mächte zur Aufrichtung einer Militärdiktatur, zum weißen Terror, zur Ausrottung aller aktiven Elemente des russischen Proletariats führen muß. Ihre Forderung, mag sie gestellt sein, wie es Kautsky mit, offen und zynisch, als Intervention, oder wie es die „Linken“ tun, als „Demokratisierung“ läuft praktisch auf die Unterstützung der Pläne des Weltimperialismus hinaus.

So wie die Tätigkeit der Gromann, Rubin, Scher und Konsorten ein Bestandteil der allgemeinen Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durch die imperialistischen Mächte war, so ist die gesteigerte Hetz- und Verleumdungskampagne der sozialdemokratischen Presse, die Einheitsfront der Vanderveide, Blum, Adler, Bauer, Wels, Hilferding und Konsorten mit den Dan und Abramowitsch, wie auch die gesamte Politik der II. Internationale gegenüber der Sowjetunion, einer der wichtigsten Bestandteile der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion!

„Linke“ Phrasen und konterrevolutionäre Hetze

In den letzten Monaten treten in der öffentlichen Diskussion in den kapitalistischen Ländern immer mehr zwei Hauptprobleme in den Vordergrund. Das eine ist die Frage der Weltwirtschaftskrise, das andere die Frage des Fünfjährplans. Die internationale Bourgeoisie, die bisher glaubte, mit einer Handbewegung den Fünfjahrplan erledigen zu können, ist durch die ungeheuren Erfolge im Verlauf des dritten, des entscheidenden Jahres, gezwungen, sich ernsthaft mit diesem Problem und seinen Rückwirkungen auf die kapitalistische Welt zu beschäftigen. Sie beginnt zu spüren, daß der Sieg des Fünfjahrplans in doppelter Hinsicht zu wirken beginnt. Einerseits tritt die Sowjetwirtschaft mit immer größerem Erfolg den kapitalistischen Ländern auf dem Weltmarkt entgegen, unbeschadet aller Sabotage und Hetzkampagnen, andererseits wirkt der Sieg der sozialistischen Planwirtschaft revolutionierend auf die werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern und löst eine immer breitere Schichten erfassende Sympathiebewegung aus.

Angesichts der fortschreitenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die alle Länder der Welt, mit einer einzigen Ausnahme — die Sowjetunion — erlitten hat, versucht die Internationale Bourgeoisie durch neue Manöver, eine neue Chance im Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Die internationale Bourgeoisie, der das Wasser bis an die Kehlen steht, versucht jetzt, auf dem Wege der Verhandlungen mit der Sowjetunion Geschäfte zu machen und gleichzeitig eine neue Atempause zu gewinnen. Die Friedensbetreibungen ihrer Wortführer, wie wir sie erst

Jetzt wieder in Genf durch den Mund der ehrenwerten Herren Henderson und Briand gehört haben, sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurden. Die Todfeindschaft der Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen die Sowjetunion, das Land des siegreichen Sozialismus, ist nicht auslösbar. Die Arbeitermassen, die jahrelang Zeuge der unerbörten Hetze und der schamlosen Verleumdungen gegen die Sowjetunion waren, werden sich durch dieses Einschwenken in die Linie der Verständigung — so wie sie die Kapitalisten auffassen — nicht beirren und betrügen lassen.

Sie werden sich auch nicht beirren und betrügen lassen durch die Manöver der internationalen Sozialdemokratie, die unter dem ständig wachsenden Druck der Sympathie- und Solidaritätsbewegung der werktätigen Massen der ganzen Welt gezwungen ist, dem Beispiel der internationalen Bourgeoisie zu folgen, wobei zugleich das Rechten und „Linken“ ein abgekartetes Zusammenspiel durchgeführt wird.

Das Linksmanöver der tschechoslowakischen SPD.

Die kriegerische Aktivität der tschechoslowakischen Sozialfaschisten, die bereits in ihrer Stellungnahme zur Frage der militärischen Aufrüstung im Parlament zum Ausdruck kam, wobei der sozialdemokratische Abgeordnete Štrba das Wort von der „Gefahr vom Osten“ prägte, beherrscht auch den sozialdemokratischen Parteitag der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. In ihren Kundgebungen trieben die Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bisher die gehässige Antisowjetik. Die Grundeinstellung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie zur Sowjetunion brachte Soukup in seiner Rede auf dem Parteitag zum Ausdruck, in der er erklärte: „Wir glauben an den kommenden und feierlichen Augenblick, wo sich die Tore Rußlands öffnen werden, wie sich auch die Tore Europas vor den Russen öffnen werden.“ Diese Bemerkung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie die Eroberung der Sowjetunion durch den kapitalistischen Westen als einen „feierlichen Augenblick“ betrachtet. Wenn in letzter Zeit die sozialdemokratische Presse in der Tschechoslowakei ihre Antisowjetik etwas abgeschwächt hat, so ist das nicht auf eine grundsätzliche Schwenkung in der Einstellung zur Sowjetunion zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise die Bourgeoisie der Tschechoslowakei zwingt, die Frage der Anerkennung der Sowjetunion auf die Tagesordnung zu stellen.

Die Vaterlandsverteidigung auf dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

Auf dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Tours stand in diesem Jahr die Frage der Vaterlandsverteidigung im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Stellungnahme des französischen sozialdemokratischen Parteitages zu dieser Frage ist zugleich der Schlüssel zur Frage der Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. Auf dem Parteitag forderten die Rechten unter Führung von Boncour mit aller Entschiedenheit, daß die Partei endgültig auf solche demokratischen Formeln, wie z. B. „weder einen Soldaten noch einen Pfennig für Vaterlandsverteidigung“ verzichten solle, da solche Formulierungen nur dazu geeignet wären, die Wahlerfolge der Partei abzuschwächen und die Lage der Sozialdemokratie im Falle eines Eintritts in die Regierung zu erschweren.

Die ehemalige „Linke“, unter Führung von Paul Faure und Zyromski, die mittlerweile Zentristen geworden sind, pflüchtete dieser Meinung bei und ließ ihren ursprünglichen Antrag mit der von Boncour kritisierten Lösung fallen. Aber die Bildung zweier neuer Fraktionen einer Linken und einer extremlinken, störte den Anschluß der Zentristen an die Rechten. Eine von diesen Fraktionen griff auf den Beschluß des Stuttgarter

Internationalen Kongresses zurück und forderte die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Um die Annahme dieser Resolution zu verhindern, nahm Paul Faure die von Boncour kritisierte und von ihm bereits fallen gelassene Lösung „weder einen Soldaten noch einen Pfennig“ wieder in seine Resolution auf, die dann bei der Abstimmung die Mehrheit erhielt.

Dieses Manöver hatte den Zweck, der Parteimittelschicht glaubhaft zu machen, daß sich die Partei den materiellen Krisenverhandlungen des französischen Imperialismus, die in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet sind, nicht anschließe, — aber auch, um zu gleicher Zeit in verschiedenen Kreisen an der ideologischen Vorbereitung des Angriffs gegen die Sowjetunion teilzunehmen und die Auslandspolitiker Briands deren Hauptaufgabe die Organisation der europäischen Angriffsfront gegen die Sowjetunion ist, vorbehaltlos verteidigen zu können.

Von besonderer Bedeutung war auf diesem Parteitag die Erklärung Léon Blums auf die Angriffe der sozialdemokratischen Arbeiterparteien gegen die antisowjetische Hetzkampagne des Auslandsredakteurs des „Populaire“, Rosenfeld. Léon Blum erklärte mit erhobener Stimme: „Rosenfeld, das bin ich. Jedes Wort, das von Rosenfeld geschrieben wurde, wird mir gebilligt. Es gibt keinen Artikel zur Sowjetunion im „Populaire“, den ich nicht vorher gelesen habe.“ Diese Erklärung Léon Blums enthält die tatsächliche Stellungnahme der französischen Sozialdemokratie zur Frage der Vaterlandsverteidigung und zur Frage der Sowjetunion. Die ausdrückliche Solidarisierung Léon Blums mit Rosenfeld zeigt, daß die Führung der französischen Sozialdemokratie offen und unzweideutig auf die Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion und gemeinsame Sache mit dem französischen Imperialismus macht.

Die Interventionsfrage auf dem Parteitag der PPS.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Polens stand im Zeichen einer verschärften Hetze gegen die Sowjetunion. Derselbe Tschapinski, der erklärte, daß die PPS, kategorisch gegen jede Idee der bewaffneten Intervention sei, schreibt in seinem Bericht an den Parteitag: „Der Aufbau der Industrie ist nicht der Aufbau des Sozialismus, um so mehr, als die Bürger Sowjetrußlands diesen Aufbau durch Hunger und Sklaverei bezahlen.“ An einer anderen Stelle desselben Berichtes heißt es:

„Das Proletariat Sowjetrußlands produziert dafür, daß die Regierung die Produkte zu geringem Preis exportiert, die dazu gezwungen ist durch die Notwendigkeit, ausländische Valuta zum Ankauf der für die Sowjetindustrie notwendigen Maschinen einzuflossen. Eine solche ökonomisch-soziale Politik hat nichts mit dem Aufbau des Sozialismus gemein.“

In derselben Linie schreibt Nedsiakowski, einer der führenden „Ideologen“ der PPS: „Den fünfjahresplan des sozialistischen Aufbau gleichzusetzen, ist Unsinn.“ Und der „linke oppositionelle“ Führer Zolokosch erklärte auf dem Parteitag, daß die „Politik der Koalition von 1919/1920 die vollste Sanktionierung verdient“. Diese Periode der Koalition aber war die Periode des bewaffneten Überfalls auf die Sowjetunion. Die Billigung dieser Koalition durch die linken Oppositionellen bedeutet die volle Billigung der verbrecherischen Teilnahme der Sozialdemokratie Polens an der ersten imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion. Diese Erklärung ist zugleich ein Hinweis für die Haltung der polnischen Sozialdemokratie im Falle einer neuen imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion.

Von Bauer zu Adler.

Für das verlogene Doppelspiel der österreichischen Sozialdemokratie in der Frage der Intervention legen Otto Bauer und Friedrich Adler bereites Zeugnis ab. Otto Bauer veröffentlichte vor kurzem in der „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Brief an einen Genossen, der an der Richtigkeit der Politik der Sozialdemokratie zweifeln geworden war. In diesem Brief verteidigt Otto Bauer die „Kritik“ an der Sowjetunion mit folgenden Sätzen:

„Aber, Kamerad, wenn Du aus dieser Hoffnung nun den Schluß ziehst, wir sollten Rußland nicht „kritisieren“ und am Bolschewismus nichts tadeln, so irrst Du. Marx und Engels haben die Pariser Kommune von 1871, den großen Aufstand der Pariser Arbeiter gegen die kapitalistische Welt, leidenschaftlich verteidigt ... und trotzdem kritisiert“, („Wiener Arbeiterzeitung“ vom 31. Mai 1931.)

Aus dieser Parallele Bauers zwischen der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Sowjetunion und der Stellungnahme Marx und Engels zur Pariser Kommune, könnte der Schluß gezogen werden, daß die Sozialdemokratie ebenfalls eine „leidenschaftliche Verteidigerin“ der Sowjetunion sei, und wenn schon nicht die gesamte Partei, so doch einige ihrer Führer. Ein Blick in dieselbe Arbeiterzeitung aber genügt, um uns zu überzeugen, daß diese ebenso wie der Berliner „Vorwärts“ und der Pariser „Populaire“, voll von verlogenen Hetzmeldungen über die Sowjetunion ist.

Das „linke Gesicht“ Otto Bauers ist zu den Arbeitern gerichtet, die immer mehr erkennen, daß die Sowjetunion ihr Vaterland ist, das sie verteidigen müssen. Die Kehrselle der Medaille aber finden wir bei Friedrich Adler, dem politischen Freund und Gesinnungsgenossen Otto Bauers, der zugleich Sekretär der II. Internationale ist. Herr Friedrich Adler wirft sich zum Schutzherrn der Gromann, Rubin und ihrer Hintermänner, der Dan und Abramowitsch auf und erklärt: „Deren Schädlingarbeit kann unwissenden Entwürfen von Demagogen als Entschuldigung für den Hunger, für die Desorganisation des Verkehrs und für das Versagen der Volkswirtschaft in Sowjetrußland eingeredet werden ...“ („Kampf“, 1931, Heft 4, S. 147). Ist das, was Friedrich Adler hier schreibt, eine „leidenschaftliche“ Verteidigung der Sowjetunion, ist es eine loyale „Kritik“ oder eine der üblichen Verleumdungen, wie wir sie in der gesamten internationalen Presse der Sozialdemokratie finden. Das festzustellen überlassen wir unseren Lesern.

Aber das genügt noch nicht. Angesichts der Entlarzung der verbrecherischen Interventionspläne und der offenen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion schreibt Herr Friedrich Adler:

„Wir müssen befürchten, daß sie [die Moskauer Machthaber, DV.], wenn sie einmal einen revolutionären Krieg für notwendig halten, die alten Tricks aller

Kriegsstilfter, sich zunächst als die Angegriffenen auszuspielen, auch verwenden werden.“ („Kampf“, S. 154.)

Das Gesicht Otto Bauers und das Gesicht Friedrich Adlers, das ist das Gesicht der II. Internationale. Hinter der „linken“ Larve von Otto Bauer zirst die konterrevolutionäre Fratze Friedrich Adlers, der II. Internationale mitsamt der Sozialdemokratie Österreichs, mitsamt Otto Bauers.

Mit dieser Behauptung stellt sich Herr Friedrich Adler, der Sekretär der II. Internationale, in eine Front mit den Wortführern der weißgardistischen Soldnerarmeen und des französischen Imperialismus. Herr Poincaré könnte im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion nicht besser formulieren.

Das Spiel mit den verteilten Rollen auf dem Leipziger Parteitag.

Der Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird in der Geschichte des sozialdemokratischen Parteiverrats als der Panzerkreuzer-Parteitag weiterleben. Auf diesem Parteitag haben die Wels, Tarnow, Breitscheid, Crispian und Konsorten endgültig den Unterwerfungspakt mit der deutschen Bourgeoisie gegen die Revolution abgeschlossen. Und die „Linken“, diese Helden ohne Heldennut, sind über einen jämmerlichen, kraftlosen Protest nicht hinausgekommen. Als der ehemalige Berliner Stadtkommandant Wels, an dessen Händen das Blut Hundert revolutionärer Arbeiter klebt, mit dem Ausschlußgalgen gegen die Seydewitz und Rosenthal, Ströbel und Eckstein drohte, da krochen sie jämmerlich zu Kreuze und vertrieben die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitermassen.

Auf diesem Panzerkreuzer-Parteitag trat erneut die Todfeindschaft der Führer der deutschen Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion offen zutage. Wels gab bereits in der Eröffnungsrede das Stichwort. Er begann mit einer scheinheiligen Anerkennung der großen historischen Leistung, die die „Eingliederung von 120 Millionen Menschen in der Sowjetunion in den allgemeinen Wirtschaftsprozess“ darstellen. Aber die Kämpfe, die sich aus den Widersprüchen des Systems bereits entwickelt hätten, seien schon ein Kampf um die politische Macht zwischen den Kommunisten und den Großbauern, mit der Industrielle Teil des Fünfjahresplans mäßige, dann sei es auch Wranzel und Kollischak, verteidigt. Heute verteidige er sein Land gegen die Kommunisten. ... Dann fuhr Wels fort:

„Aber auch ein Arbeiterstaat ist die Sowjetunion in keiner Hinsicht. Der Arbeiterstaat Rußland ist nur noch ein Märchen für gläubige Kinder. Der russische Arbeiter ist gar kein Proletarier, sondern nur ein Bauer in der blauen Bluse, ohne jede politische und soziale Schulung. Tatsächlich dient die rote Fahne in Rußland nur dazu, die kapitalistische Wirtschaft als Staatskapitalismus auf Kosten der Arbeiter in Rußland zu entwickeln. Kommunismus — ist Kapitalismus und nicht Sozialismus.“

Das war das Fazit. In dem Wels seine Betrachtungen über die Sowjetunion zusammenfaßte, um dann fortzuführen: „Bolschewismus und Faschismus basieren beide auf der Diktatur. Sie mögen sich noch so radikal Lehre aus der russischen Entwicklung, daß ohne Demokratie der Sozialismus unmöglich sei.“

Das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, in den Ländern der von Wels geleiteten Demokratie erährt täglich und stündlich die Segnungen dieser Demokratie am eigenen Leibe. Wir brauchen die Sowjetunion gegen die Verleumdungen und Verdächtigungen des Herrn Wels nicht zu verteidigen. Tarnow, der Hauptreferent des Parteitag, wiederholte im wesentlichen die Welschen Angriffe und Verleumdungen, nur mit dem Unterschiede, daß er sie in ein theoretisches Gewand zu kleiden versuchte.

Nach offener aber sprach Herr Crispian, der sich immer mehr zum Spezialisten für Sowjetverleumdungen entwickelt. Auf die Bemerkung des „Linken“ Engelbert Graf, die Sozialdemokratie müsse sich zum Problem Sowjetrußland viel sachlicher und viel weniger pharisäerhaft einstellen, antwortete Crispian:

„In der Stellungnahme zu Sowjetrußland habe ich bei Graf nicht nur die Solidarität für unsere russischen Parteigenossen (die Abramowitsch und Dan, DV.), sondern die Internationale Solidarität überhaupt vermisst. Ich kann es nicht verstehen, wie ein Sozialdemokrat nicht hochgeht, wenn er daran denkt, auf wessen Kosten die Experimente in Rußland gemacht werden. Ist für uns, wie in Rußland, der Mensch wirklich nur Nebensache, nur Objekt der Machtpolitik einer Führerclique von unerhörter Brutalität, dann hat der Sozialismus seinen Sinn verloren...“

Crispian niederrückliche Verleumdungen wurden von der Mehrheit der Delegierten „stürmisch begrüßt“, während die auf den Tribünen anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter in den schärfsten Worten dagegen protestierten. Die Sprecher der „Linken“ sahen sich angesichts der Proteste der sozialdemokratischen Arbeiter auf der Parteitagsstrüßung und angesichts der wachsenden Sympathiebewegung in den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung für die Sowjetunion in dieser Frage gezwungen, so inkonsequent und oft antibolschewistisch sie auch sprachen, die großen Erfolge des Fünfjahresplanes zu bestätigen.

Diese Tatsache aber bedeutet nicht die Bereitschaft der „Linken“ vom Schlage der Seydewitz, Rosentfeld und Konsorten, im Falle eines Angriffes auf die Sowjetunion die sozialdemokratischen Arbeiter zur Verteidigung aufzurufen. Sie ist eines der „linken“ Manöver, die von diesen Leuten gemacht werden, um — wir zitieren Seydewitz — „die Massen bei der Stange — womit die sozialdemokratische Partei gemeint ist — zu halten.“

Für die Wels, Crispian und die Seydewitz-Rosentfeld gilt dasselbe, was wir von Otto Bauer und Friedrich Adler, von Léon Blum und Paul Faure gesagt haben.

Sie alle sind, ob sie als offene Gegner oder in der Maske des Freundes der Sowjetunion auftreten, in Wirklichkeit Todfeinde der Sowjetunion, Todfeinde der proletarischen Diktatur!

Ueberführte Hochverräter am Sozialismus

Wir haben gegen die Führer der II. Internationale, gegen die Abramowitsch Dan, gegen die Vanderveelde, Blum, Bauer, Adler, gegen die Wels, Hilderding, Crispian und Konsorten die schwere Anklage gerichtet, daß sie Hochverräter am Sozialismus sind.

Wir haben an historischen Tatsachen den Nachweis erbracht, daß die russischen Menschewiki, die polnischen Menschewiki, die deutsche Sozialdemokratie und mit ihnen die gesamte II. Internationale die erste imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion aktiv unterstützt haben und damit vor dem Weltproletariat die Verantwortung für die Ermordung

tausender und abertausender revolutionärer Kämpfer im Lande der proletarischen Diktatur in ihrer ganzen Größe tragen. Wir haben anhand von wikt mit der weißgardistischen Konterrevolution verbündeten und gemeinsam mit den konterrevolutionären Söldnerbanden den Kampf gegen den Bolschewismus geführt.

Der Prozeß gegen die Menschewiki hat bewiesen, daß die Menschewiki und mit ihnen die gesamte II. Internationale nach der Niederlage der weißgardistischen Konterrevolution gemeinsame Sache mit dem Weltimperialismus machten, um die Sowjetmacht zu stürzen. Sie organisierten gemeinsam mit den Verschwörern der kapitalistischen „Industriepartei“ Sabotageakte gegen den sozialistischen Aufbau und die Durchführung des Fünfjahresplanes. Der Prozeß brachte den Beweis dafür, daß die II. Internationale nicht nur in engster Verbindung mit diesen Verbrechern und Hochverrättern am Sozialismus gestanden hat und heute noch steht, sondern auch durch finanzielle Mittel ihre Sabotagearbeit aktiv unterstützte.

Wir haben durch Dokumente den Nachweis erbracht, daß die Führer der II. Internationale bewußt und planmäßig auf eine neue Intervention gegen die Sowjetunion hinarbeiten, daß sie in enger Front mit den imperialistischen Räubern gegen die Sowjetunion stehen.

Die Führer der II. Internationale können diese Beweise nicht aus der Welt schaffen, Tatsachen reden eine harte Sprache. Trotzdem werfen sich die Vanderveelde, Blum, Bauer, Wels, Hilderding und Konsorten in die Brust, erheben „feierlichen Protest“ und besprechen jede Schand.

Sie leugnen die Interventionsgefahr — sie behaupten aber gleichzeitig, daß sie wie bisher gegen jede Intervention kämpfen werden. Wenn es keine Interventionsgefahr gibt, warum dann diese Beteuerung!

Es gibt keine Interventionsgefahr, schreit die gesamte sozialdemokratische Presse. Aber der russische Menschewik Abramowitsch beschuldigt den georgischen Menschewik Dshordania der interventionistischen Betätigung. Beide sind Mitglieder der Exekutive der II. Internationale.

Ja, es gibt doch eine Kriegsgefahr, aber die kommt nicht aus dem imperialistischen Westen Europas, sondern aus dem proletarischen Osten.

Nicht der Weltimperialismus, sondern die Sowjetunion ist die Kriegsgefahr, schreien die erappten und entlarvten Interventionisten im Lager der II. Internationale.

„Der russische Sowjet-Imperialismus, der eine ganze Menge der nicht-russischen Völker, von denen die meisten ihrer Kultur nach dem russischen nicht nachsehen, unrecht und vergewaltigt, ist außerdem bestrebt, seinen Herrschaftsbereich womöglich weiter auszubreiten bzw. zwischen anderen Ländern den Brand anzustecken. Das ist die größte Kriegsgefahr!“

— So schreit der „Vorwärts“. Und die „linke“ sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung“ sekundiert ihn und schreibt, indem sie einen Vergleich zwischen Rumänien und Jugoslawien zieht und zu „erklären“ versucht, warum Rumänien einer Königsdiktatur zusteure:

„Beide (Rumänien und Jugoslawien, D. V.) sind Militärstaaten, in denen die Armee große Bedeutung hat, denn beide fühlen sich ständig von äußeren Feinden bedroht. Lauter das faschistische Italien auf Dalmatien, so droht auf dem Nordufer des Dniestr das bolschewistische Rußland mit dem Einbruch in Bessarabien.“

Das ist die Sprache des französischen Imperialismus! Das ist das wahre Gesicht der Angeklagten, der Dan und Abramowitsch, der Vanderveide, Blum, Bauer und Adler, der Wels, Crispin, Hilferding und Seydewitz . . .

Der Urteilspruch des proletarischen Gerichtshofes in Moskau über die Schlinge und Saboteure ist zugleich der Urteilspruch über die Führer der II. Internationale. In dem Schicksal des russischen Menschewismus, der vom russischen Proletariat verurteilt und vom Weltproletariat verachtet, ist das Schicksal der Weltsozialdemokratie vorgezeichnet. Die Kraft der Sozialdemokratie ist die Kraft der Bourgeoisie. Wo diese durch die siegreiche Arbeiterklasse gebrochen wird, da hat auch für die Bourgeoisie und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung die letzte Stunde geschlagen.

Die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder, die hoffnungsvoll die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion verfolgen, die den Sturz des Fünftjahresplanes begeistert begrüßen und die bereit sind, die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland aller Werktätigen zu schützen, müssen in voller Klarheit erkennen, daß dem Lande des sozialistischen Aufbaues nicht nur durch die kapitalistischen Räuber, sondern auch durch die internationale Sozialdemokratie, die auf Gedel und Verderb mit der internationalen Bourgeoisie verbunden ist, die größte Gefahr droht!

Sie müssen erkennen, daß der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion eine akute, reale Gefahr ist, die nicht nur die werktätigen Massen der Sowjetunion, sondern das gesamte Weltproletariat aufs äußerste bedroht.

Der Prozeß in Moskau hat das Todesurteil über den Menschewismus gefällt! Das Todesurteil über den Menschewismus ist zugleich das Todesurteil über die II. Internationale, die Weltsozialdemokratie. Das revolutionäre Proletariat muß es vollstrecken!

Auf die verschärfte Hetze gegen die Sowjetunion, das sozialistische Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, auf die gesteigerten Kriegsrüstungen auf das Kampfbündnis der internationalen Sozialdemokratie mit der internationalen Bourgeoisie muß das Weltproletariat mit der Formierung einer eisernen revolutionären Kampffront zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Organisierung des siegreichen Weltktobers antworten!

Wer sich über die Sowjetunion unterrichten will, liest:

Zum Fünfjahrplan

W. Molotow

Vorsitzender
des Rates der
Volkskommissare
der UdSSR.

Der Fünfjahrplan siegt

Die Broschüre enthält das neueste Material über die Fortschritte des sozialistischen Aufbaus.
Aus dem Inhalt: Die Vertiefung der Weltkrise, Vorbereitung der Intervention. Die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Ländern. Der Kampf um den Fünfjahrplan: Die Ergebnisse in den ersten zwei Jahren. Das laufende Jahr.

72 Seiten

20 Pfennig

Ueber den Prozeß gegen die Menschewiki:

Du mußt es wissen

Dem Leser wird in dieser Broschüre Gelegenheit geboten, sich auf Grund der Aussagen der Angeklagten ein Urteil über die Schädigungsarbeit der Angeklagten und die Befähigung der Menschewiki und der II. Internationale an den Interventionsbestrebungen zu bilden. Den lügenhaften Behauptungen der Abramowitsch, Vandervelde u. a. werden die Aussagen der Angeklagten entgegengestellt, so daß die Broschüre ein ausgezeichnetes Informationsmaterial für jeden politisch Interessierten darstellt.

32 Seiten

10 Pfennig

Material über die Hetzkampagne gegen die UdSSR.

Zwangsarbeit in der Sowjetunion?

Die verlogene Hetze gegen das angebliche „Sowjetdumping“ ist eine Ausgeburt des absterbenden Kapitalismus. Amerika zeigte sich besonders erfindereich in seiner Absicht, den internationalen Boykott gegen die UdSSR, einzuleiten, indem es das amtliche Märchen von der „Zwangsarbeit in der Sowjetunion“ aufbrachte. Diese Broschüre weist nach, daß der sozialistische Wettbewerb der russischen Arbeiter für das Gelingen des Fünfjahrplans alles andere als Zwangsarbeit ist.

32 Seiten

10 Pfennig



VERLAG CARL HOYM NACHF., HAMBURG/BERLIN